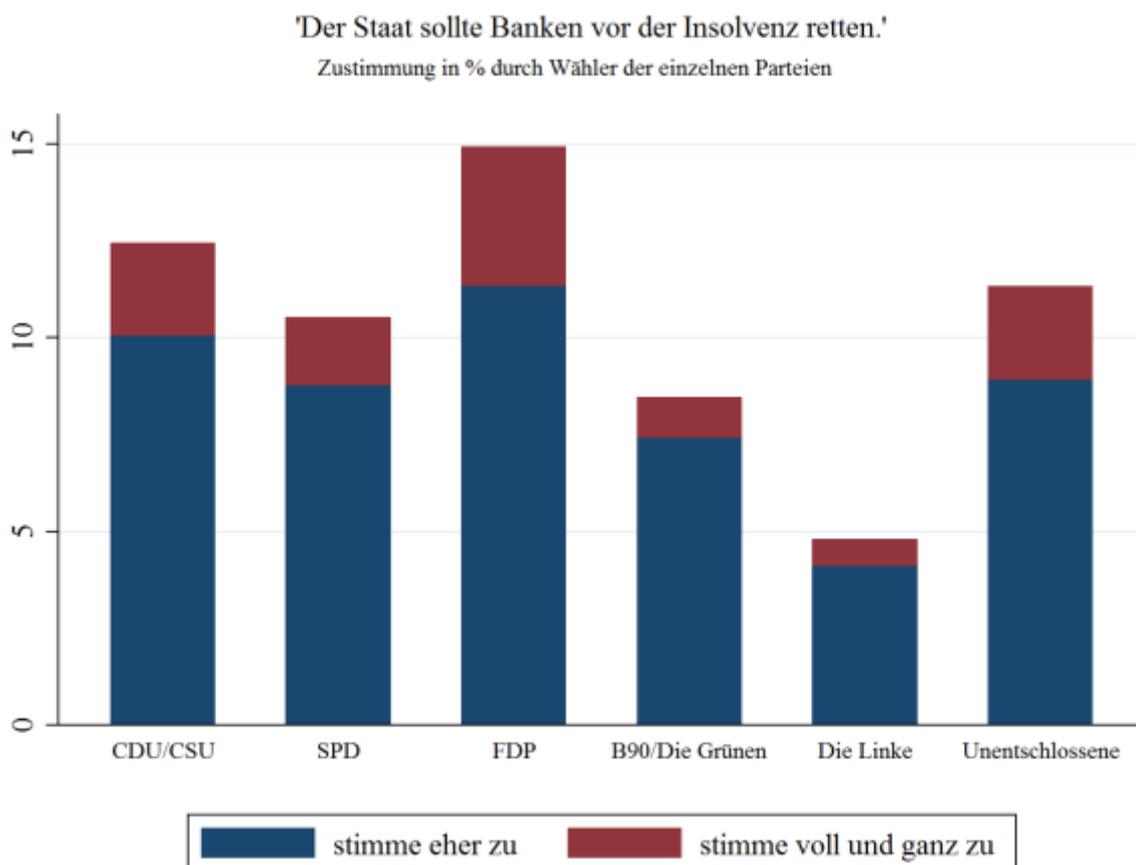


Ausgewählte Ergebnisse der ersten Befragung der Wahlkampfstudie (20. Juni bis 10. Juli 2013)

1. Staatliche Hilfe für insolvente Banken

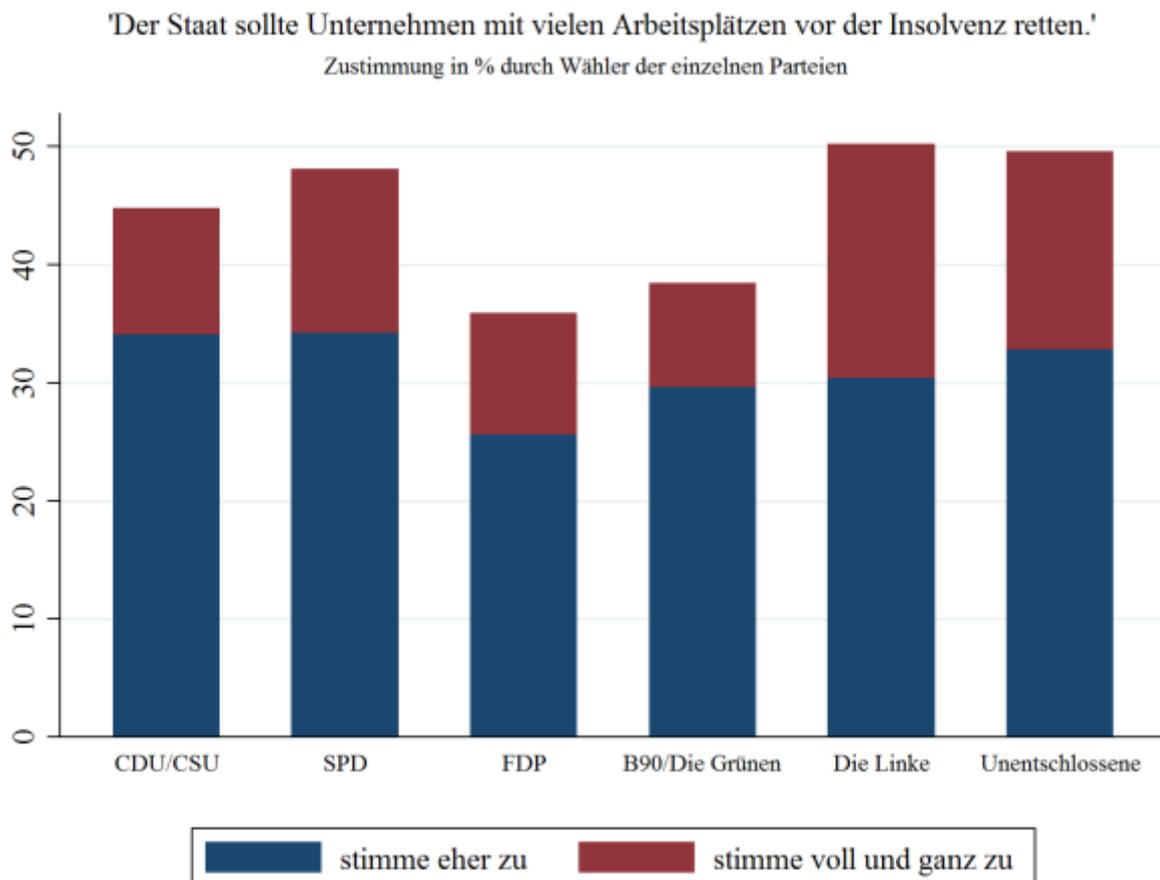
Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise gerieten in den vergangenen Jahren zahlreiche Banken in finanzielle Schwierigkeiten. Die Insolvenz von Banken konnte häufig nur durch staatliche finanzielle Hilfen verhindert werden. Wir haben Sie hierzu um Ihre Meinung gefragt: Stimmen Sie der Banken-Rettung zu? Wie die untenstehende Abbildung zeigt, fällt die Zustimmung zur staatlichen Rettungsaktion eher gering aus: Im Mittel nur etwas mehr als zehn Prozent der Befragten sind „eher“ oder „voll und ganz“ der Meinung, dass der Staat Banken vor der Insolvenz retten sollte. Dabei gibt es leichte Unterschiede zwischen den Wählern der einzelnen Parteien: Nur 5 Prozent der Wähler der Linken stimmten der Banken-Rettung zu, während sich 15 Prozent der FDP-Wähler zustimmend äußerten.



2. Staatliche Hilfe für insolvente Unternehmen

Deutlich mehr Unterstützung durch die Bürger erhält staatliche Hilfe dann, wenn nicht Banken die Empfänger der Staatsgelder sind, sondern wenn Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. 46 Prozent der Befragten stimmten entweder „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass der

Staat Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen vor der Insolvenz retten solle. Auch hier bestehen Unterschiede zwischen den Wählern der unterschiedlichen Parteien. Wähler der Linken, die sich am seltensten für eine Banken-Rettung ausgesprochen hatten, stimmten der Rettung von Unternehmen zum Schutz von Arbeitsplätzen am stärksten zu (50 Prozent). Bei FDP-Wählern hingegen, die sich am stärksten für die Banken-Rettung ausgesprochen hatten, fällt die Unterstützung für insolvente Unternehmen mit 36 Prozent am geringsten aus. Interessanterweise ist aber auch die Zustimmung der Grünen-Wähler vergleichsweise gering ausgeprägt (39 Prozent).

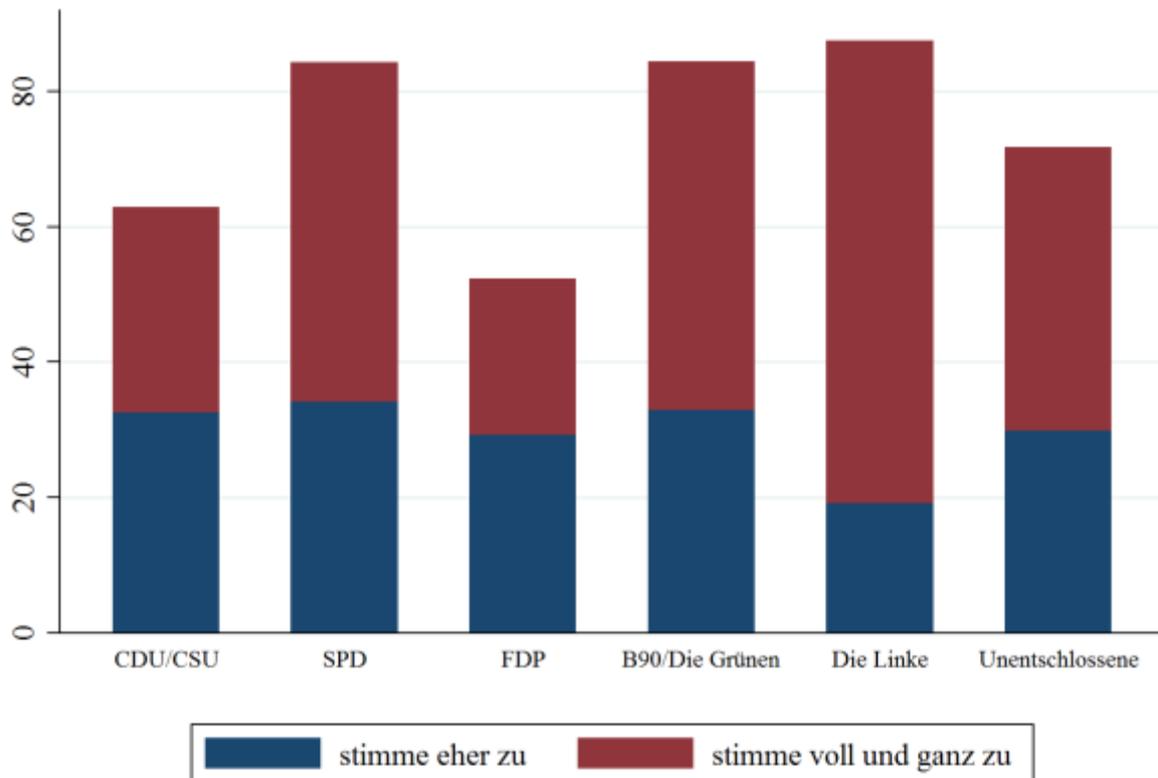


3. Steuererhöhungen für wohlhabendere Bürger

In Zeiten klammer Kassen suchen Staaten händeringend nach neuen Einnahmequellen. In diesem Zusammenhang wird häufig vorgeschlagen, die Steuerlast der reicheren Bürger zu erhöhen (wobei unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, wer dabei als „reich“ zu gelten habe). Wir haben Sie gefragt, was Sie von diesem Vorschlag halten. Nicht überraschend treten hinsichtlich dieser Frage sehr deutliche Unterschiede zwischen den Wählern des bürgerlichen Lagers (CDU/CSU und FDP) und den Wählern des linken Lagers (SPD, Bündnis90/Die Grünen, die Linke) zutage. Auch Wähler der bürgerlichen Parteien können zwar Steuererhöhungen für reiche Bürger mehrheitlich etwas abgewinnen: 62 Prozent der CDU-Wähler und 52 Prozent der FDP-Wähler stimmten der Aussage "eher" oder "voll und ganz" zu. Viel größer ist jedoch der Zuspruch bei den Wählern der linken Parteien, wo die Zustimmungswerte jenseits der 80-Prozent-Marke liegen. Die unentschlossenen Wähler liegen mit 72 Prozent zwischen diesen beiden Lagern.

'Reiche Bürger sollten mehr Steuern zahlen als bisher.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien

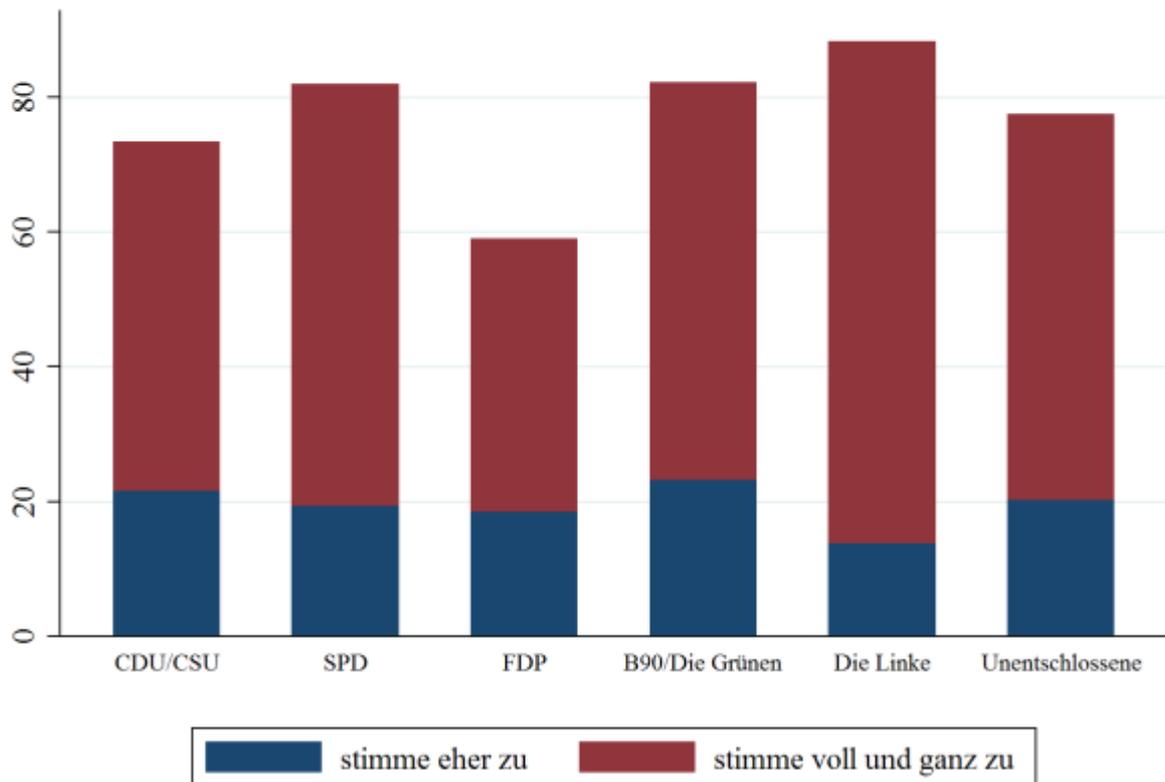


4. Begrenzung von Manager-Gehältern

In der Schweiz war vor einigen Monaten ein Volksbegehren erfolgreich, welches das Ziel hatte, eine gesetzliche Grenze für die Höhe von Manager-Gehältern festzulegen. Wie Ihre Antworten im Rahmen der Umfrage zeigen, findet eine solche staatliche Regelung auch in Deutschland großen Zuspruch: 79 Prozent geben an, eine solche Obergrenze "eher" oder "voll und ganz" zu befürworten. Dabei gibt es nur geringe Unterschiede zwischen den Wählern der einzelnen Parteien. Lediglich bei den FDP-Wählern fällt die Unterstützung mit knapp 60 Prozent vergleichsweise gering aus.

'Die Politik sollte eine Obergrenze für Manager-Gehälter einführen.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien

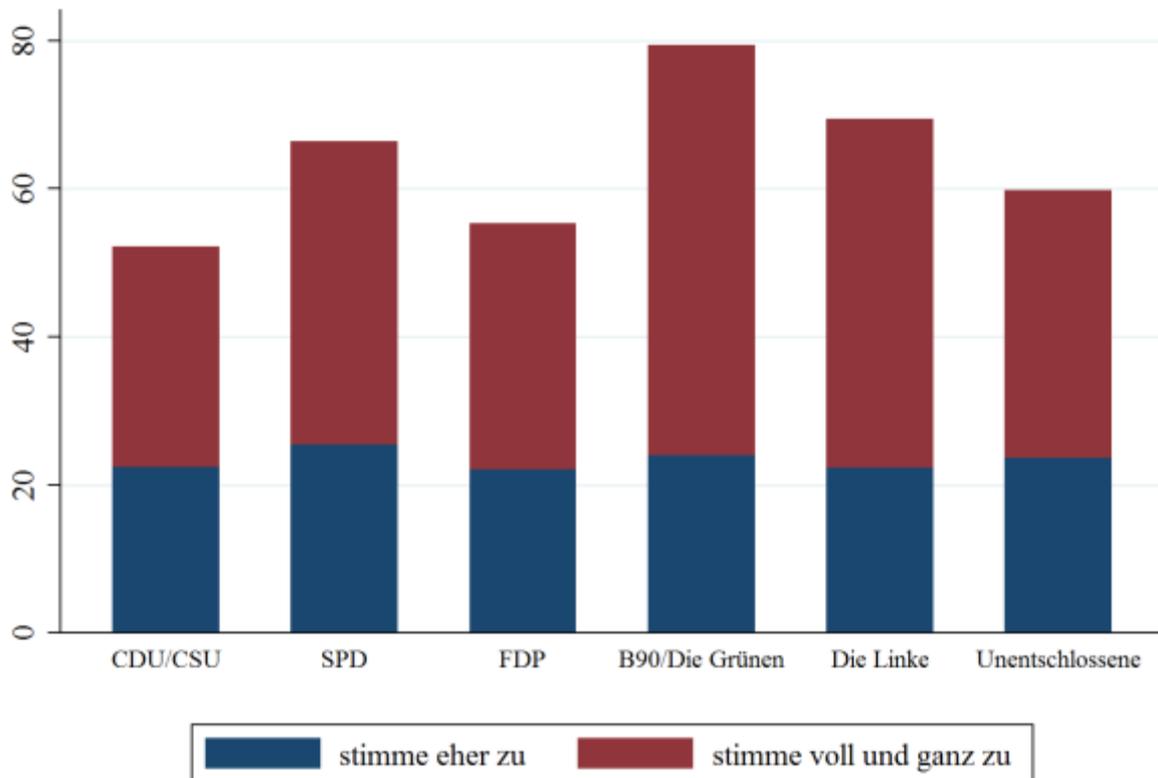


5. Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften

Das Bundesverfassungsgericht hat im Februar das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare gestärkt. Demnach sei das Verbot für Schwule und Lesben, ein Adoptivkind des eingetragenen Lebenspartners zu adoptieren, verfassungswidrig. Wir haben Sie gefragt, wie Sie zu einem Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Lebenspartner stehen. Bei dieser Frage waren sich die Befragten am stärksten uneinig: Etwa 62 Prozent aller Befragten befürworteten das Adoptionsrecht von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften, 17 Prozent befürworteten es teilweise, 21 Prozent lehnten es ab. Die untenstehende Abbildung zeigt, dass die Zustimmung zum Adoptionsrecht für homosexuelle Paare am stärksten bei den Wählern von Bündnis90/Die Grünen ausgeprägt ist (80 Prozent), während die Wähler von CDU/CSU (52 Prozent) und der FDP (57 Prozent) am wenigsten zustimmten.

'Auch gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sollten Kinder adoptieren können.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien



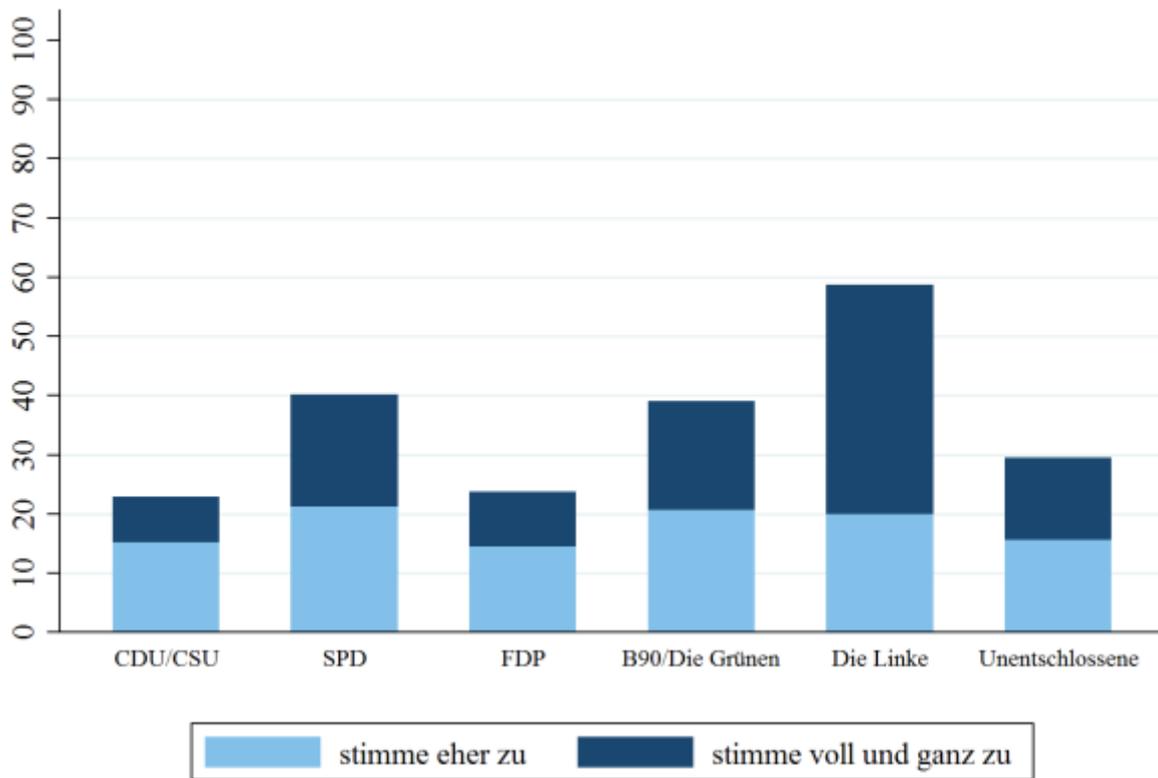
Ausgewählte Ergebnisse der zweiten Befragung der Wahlkampfstudie 2013 (18.-28. Juli 2013)

1. Staatliche Zahlungen für Hartz-IV-Empfänger

Seit der Einführung der sogenannten Hartz-Gesetze im Jahr 2005 wird darüber diskutiert, ob der Umfang der staatlichen Unterstützung für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger angemessen ist. Wie aus der folgenden Abbildung hervorgeht, haben die Wähler der verschiedenen Parteien sehr unterschiedliche Ansichten zu diesem Thema. Bei den Wählern der Linken fällt die Zustimmung zur Ausweitung der staatlichen Zahlungen mit 60 Prozent am stärksten aus. Etwas weniger stark befürworten die Wähler von SPD und von Bündnis 90/die Grünen diesen Vorschlag mit jeweils ungefähr 40 Prozent. Hingegen geben nur etwas mehr als 20 Prozent der Wähler von CDU/CSU und FDP an, eine Leistungserhöhung zu befürworten. Auch bei unentschlossenen Wählern fällt die Zustimmung mit etwa 30 Prozent vergleichsweise gering aus.

'Die staatlichen Zahlungen für Hartz-IV-Empfänger sollten erhöht werden.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien

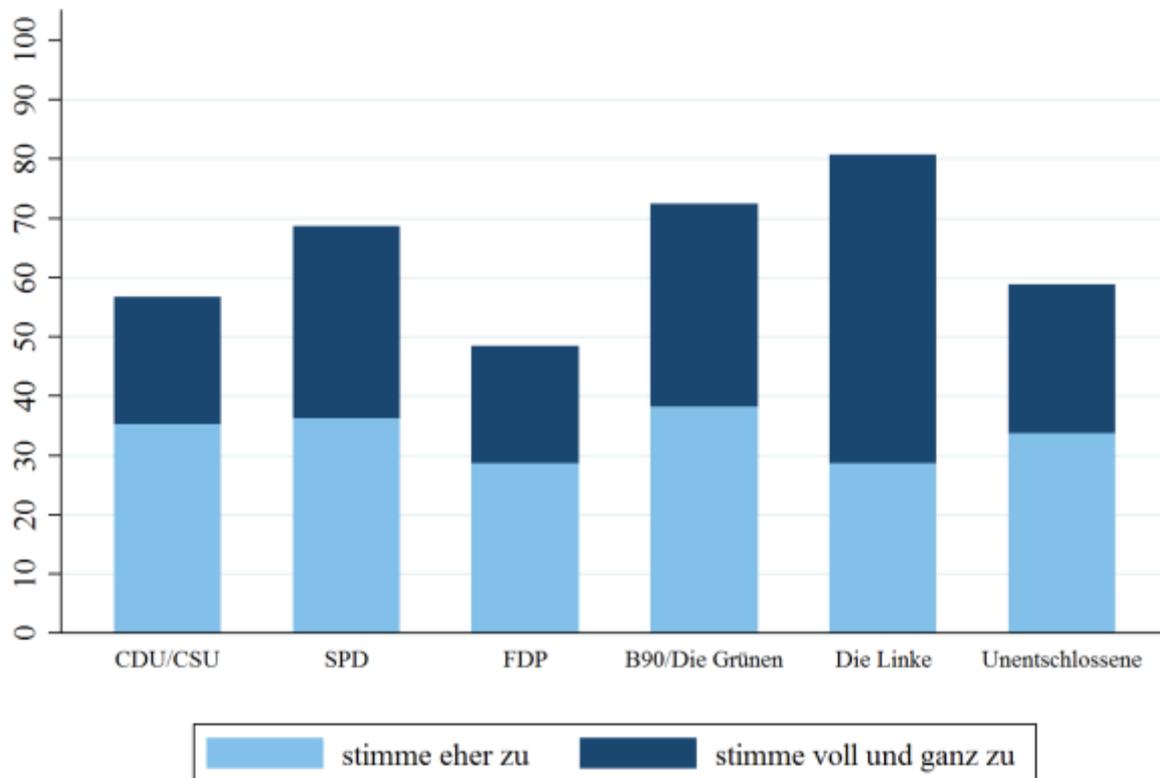


2. Volksabstimmung auf Bundesebene

In anderen Ländern, beispielsweise der Schweiz, haben die Bürger die Möglichkeit, über Volksabstimmungen politische Entscheidungen zu einzelnen Sachthemen direkt zu beeinflussen. In Deutschland sind Volksabstimmungen nur auf Länderebene möglich, nicht jedoch auf Bundesebene. Allerdings spricht sich eine große Mehrheit der Befragten der Wahlkampfstudie dafür aus, dass Bürger Volksabstimmungen auch auf der Bundesebene herbeiführen können sollten. Am stärksten befürworten dies Wähler der Linken mit rund 80 Prozent, während nur knapp die Hälfte der FDP-Wähler ihre Zustimmung äußert.

'Bürger sollten eine bindende Volksabstimmung auf Bundesebene herbeiführen können.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien

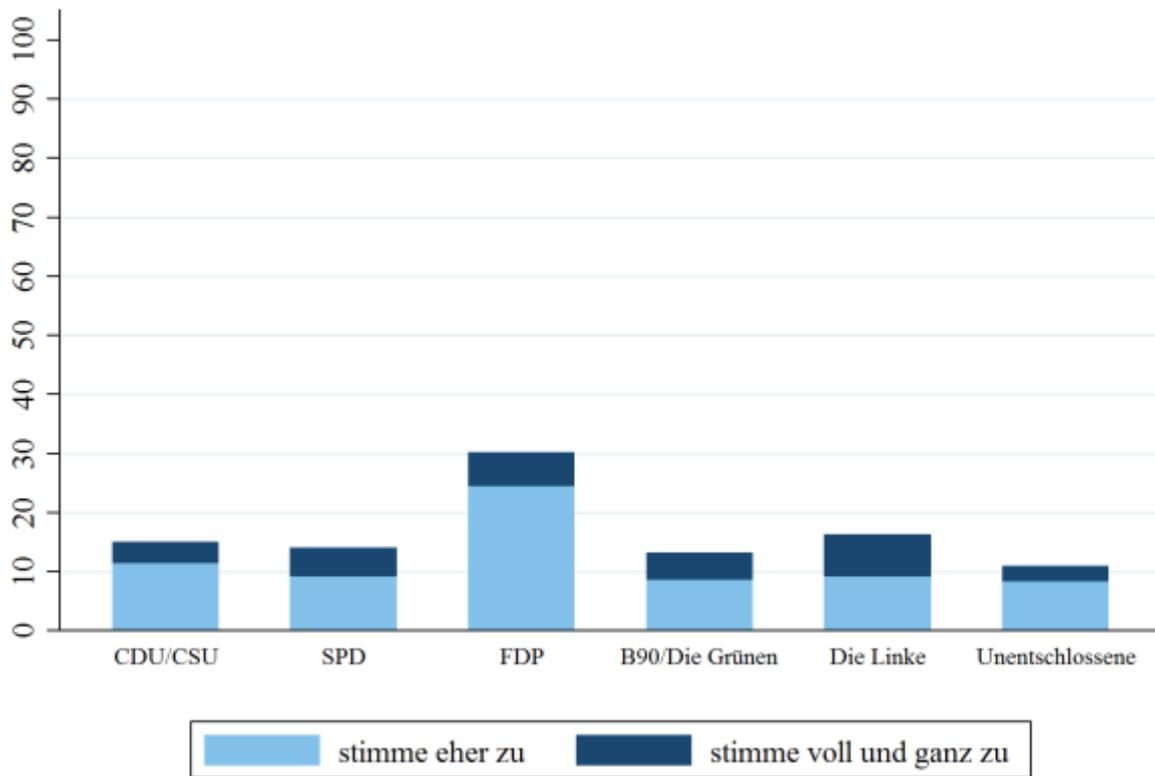


3. Die Rolle des Staates in der Wirtschaft

Besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten wird über die Rolle des Staates in wirtschaftlichen Angelegenheiten gestritten. Einige Bürger meinen, dass der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte, um zum Beispiel die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen oder das Wirtschaftswachstum zu fördern. Andere Bürger hingegen wollen, dass sich der Staat aus der Wirtschaft heraushält. Ihrer Meinung nach sei der Marktmechanismus viel besser geeignet, um das Allgemeinwohl zu fördern. Bei den Teilnehmern der Wahlkampfstudie ist die Meinung, dass sich der Staat aus der Wirtschaft heraushalten sollte, nur sehr schwach ausgeprägt: Ungefähr 15 Prozent aller Wähler von CDU/CSU, SPD, der Linken und Bündnis 90/Die Grünen stimmen dieser Aussage zu. Lediglich die Wähler der FDP äußerten mit rund 30 Prozent eine deutlich stärkere Zustimmung.

'Der Staat sollte sich aus der Wirtschaft heraushalten.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien

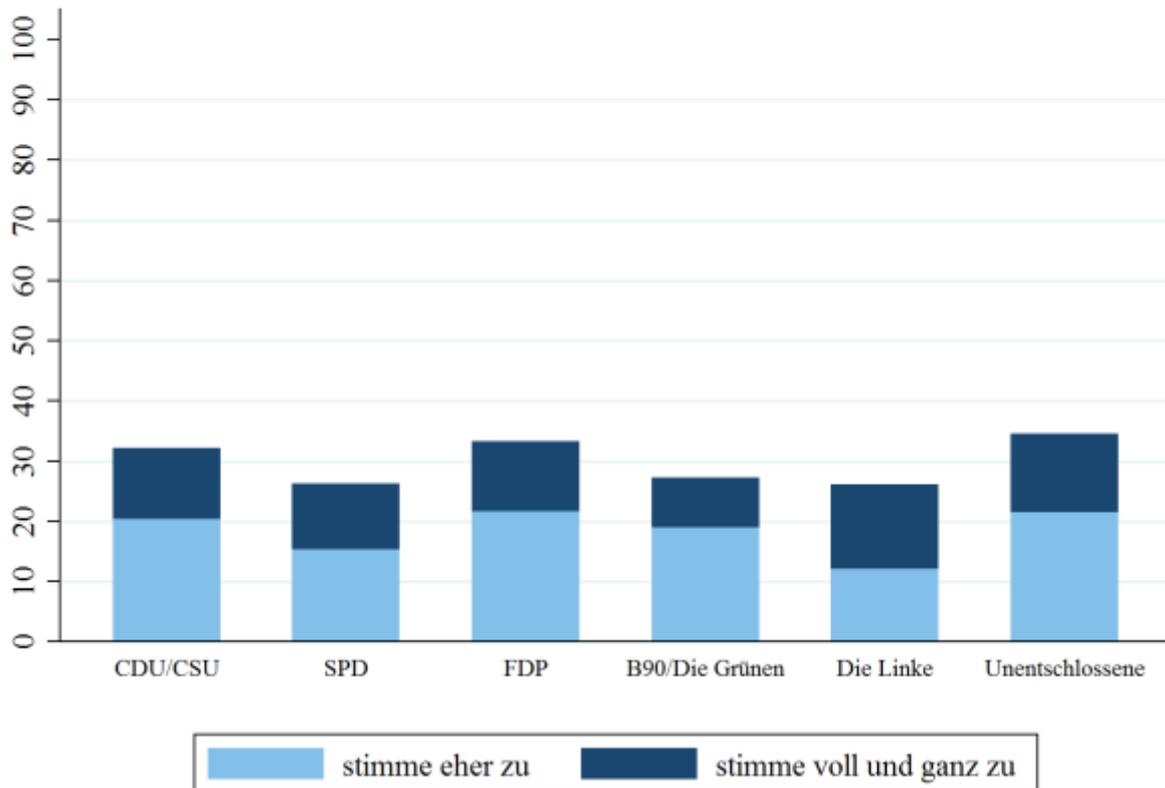


4. Betreuungsgeld

In Anbetracht fehlender Krippenplätze für Kleinkinder hat in den letzten Monaten die Diskussion um das Betreuungsgeld große Aufmerksamkeit erregt. Dabei handelt es sich um eine staatliche Leistung für Eltern, die ihre Kleinkinder zu Hause erziehen, anstatt einen Krippenplatz in Anspruch zu nehmen. Wie in der folgenden Grafik deutlich wird, erhielt das Betreuungsgeld in unserer Umfrage nur geringen Zuspruch: Knapp 30 Prozent der Befragten stimmten der Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass solche Eltern ein Betreuungsgeld erhalten sollten. Obwohl es sich beim Betreuungsgeld um einen Vorschlag der CSU handelt, liegt der Anteil der zustimmenden CDU/CSU-Wähler mit 32 Prozent nur knapp oberhalb des Durchschnitts. Interessanterweise fällt die Zustimmung zum Betreuungsgeld unter den unentschlossenen Wählern am stärksten aus.

'Eltern sollten ein Betreuungsgeld erhalten, wenn sie keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien



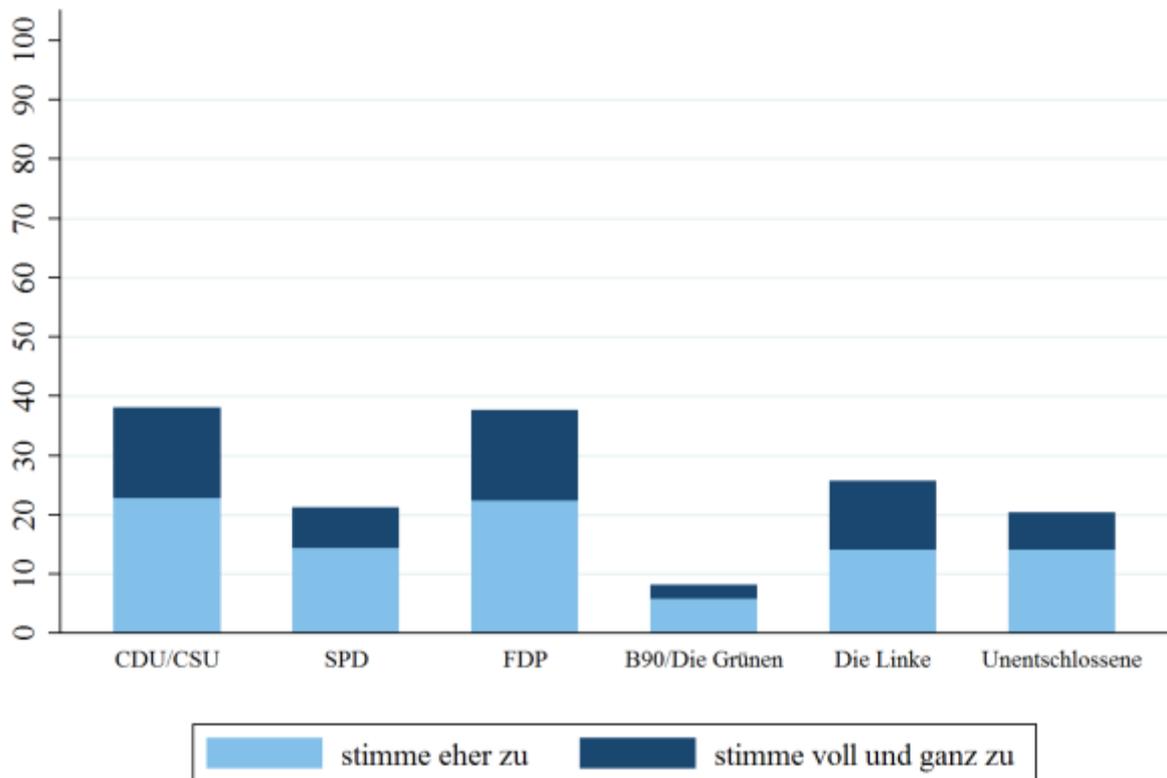
5. Atomkraft

Als Reaktion auf die Reaktorkatastrophe in Fukushima leitete die Bundesregierung die sogenannte „Energiewende“ ein. Hierbei wird unter anderem das Ziel verfolgt, alle deutschen Atomkraftwerke bis zum Jahr 2022 stillzulegen. Dennoch gibt es Stimmen, die meinen, dass die Atomenergie eine billige und sichere Ergänzung zu erneuerbaren Energien sei. Die Ergebnisse unserer Befragung zeigen deutliche Unterschiede in der Befürwortung der Nutzung der Atomenergie zwischen den Wählern der verschiedenen Parteien.

Erwartungsgemäß stimmen weniger als 10 Prozent der Wähler von Bündnis 90/Die Grünen der Aussage zu, dass Atomkraft zur Sicherung der Energieversorgung genutzt werden sollte. Die stärkste Zustimmung mit jeweils knapp 40 Prozent erhielt diese Aussage aus dem bürgerlichen Lager, also von den Wählern von CDU/CSU und FDP.

'Die Energieversorgung sollte auch durch die Nutzung von Atomkraft gesichert werden.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien

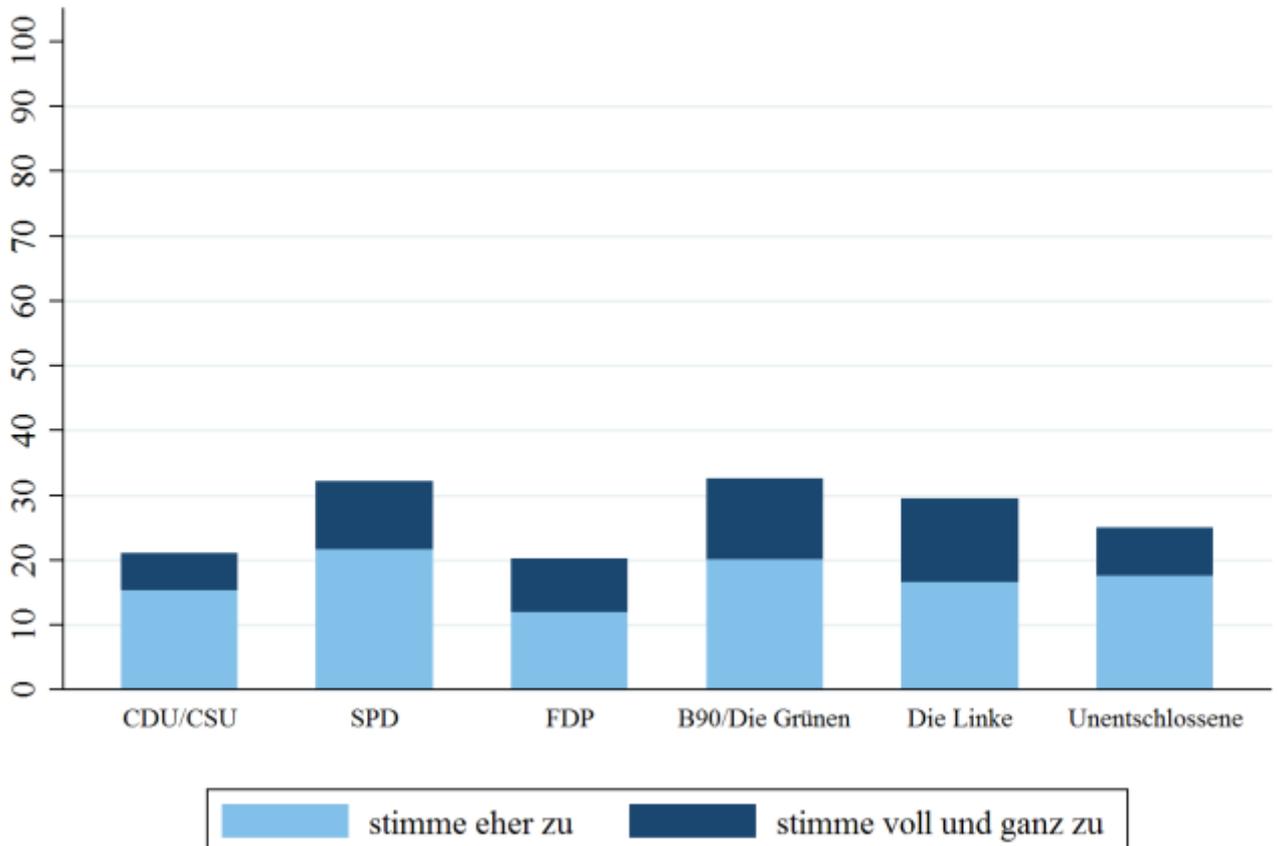


6. Frauenquote für Führungspositionen

Die Chefetagen und Vorstände großer deutscher Unternehmen sind nach wie vor von Männern dominiert. Deshalb wird zurzeit diskutiert, ob die Politik den Unternehmen einen Mindestanteil an Frauen in der Führungsebene vorschreiben sollte. Diesen Vorschlag befürworteten im Mittel weniger als 30 Prozent der Befragten. Den größten Zuspruch bekommt dieser Vorschlag von Anhängern des linken Parteienlagers (SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke). Die Zustimmung aus dem bürgerlichen Lager fällt mit rund 20 Prozent etwas geringer aus.

'In Deutschland sollte eine Frauenquote für Führungspositionen eingeführt werden.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien



Ausgewählte Ergebnisse der dritten Befragung der Wahlkampfstudie 2013 (1.-11. August 2013)

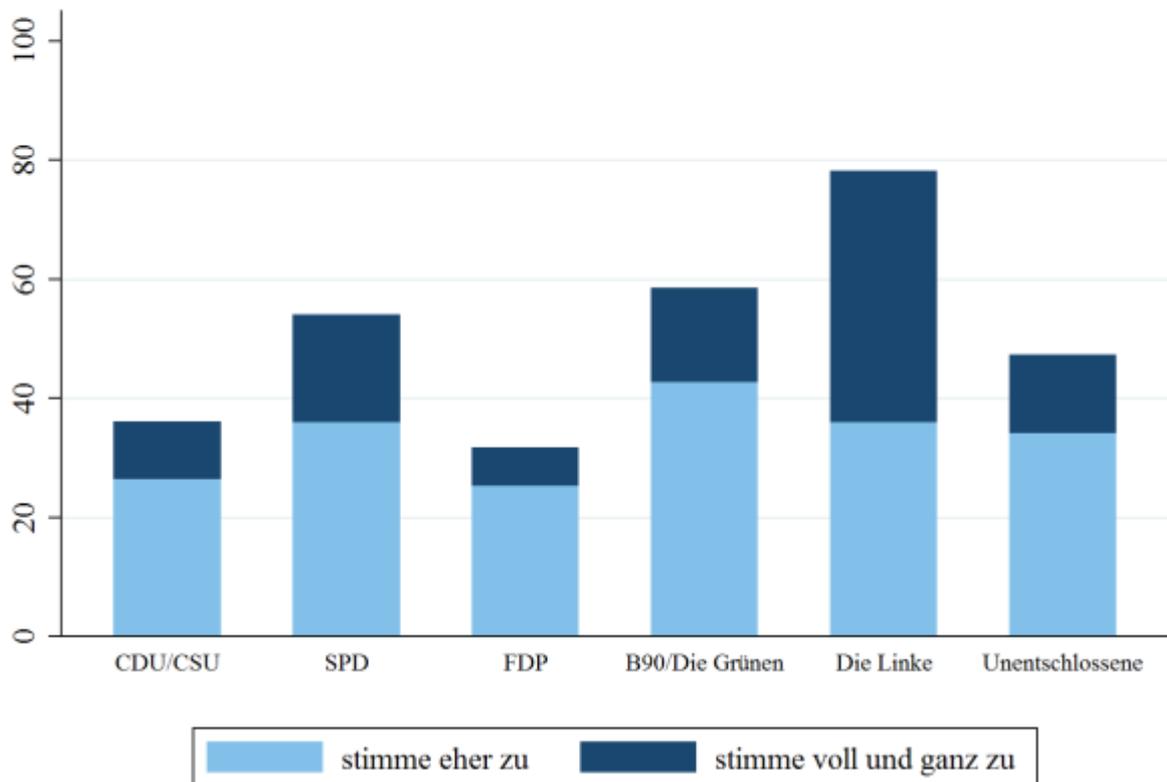
1. Staatliche Maßnahmen zur Verringerung der Einkommensunterschiede

In der öffentlichen Diskussion ist häufig davon die Rede, dass die „Einkommensschere“ zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergehe. Manche Bürger stehen dieser Entwicklung relativ neutral gegenüber und verweisen auf die freien Kräfte des Marktes. Andere hingegen sehen den sozialen Frieden in der Gesellschaft bedroht und fordern, dass die Politik eingreifen solle, um Einkommensunterschiede zu reduzieren.

Die Teilnehmer der Wahlkampfstudie sind in dieser Frage gespalten. Wähler der Union und der FDP stehen staatlichen Maßnahmen eher kritisch gegenüber, während deutlich mehr Zustimmung von den Wählern der SPD, den Grünen und vor allem der Linken kommt. Nicht nur stimmten die Wähler der Linken staatlichen Maßnahmen am häufigsten zu, sondern auch die Intensität der Zustimmung ist wesentlich stärker ausgeprägt als bei Wählern der anderen Parteien, wie der dunkelblaue Anteil des Balkens in der Abbildung deutlich macht.

'Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um die Einkommensunterschiede zu reduzieren.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien



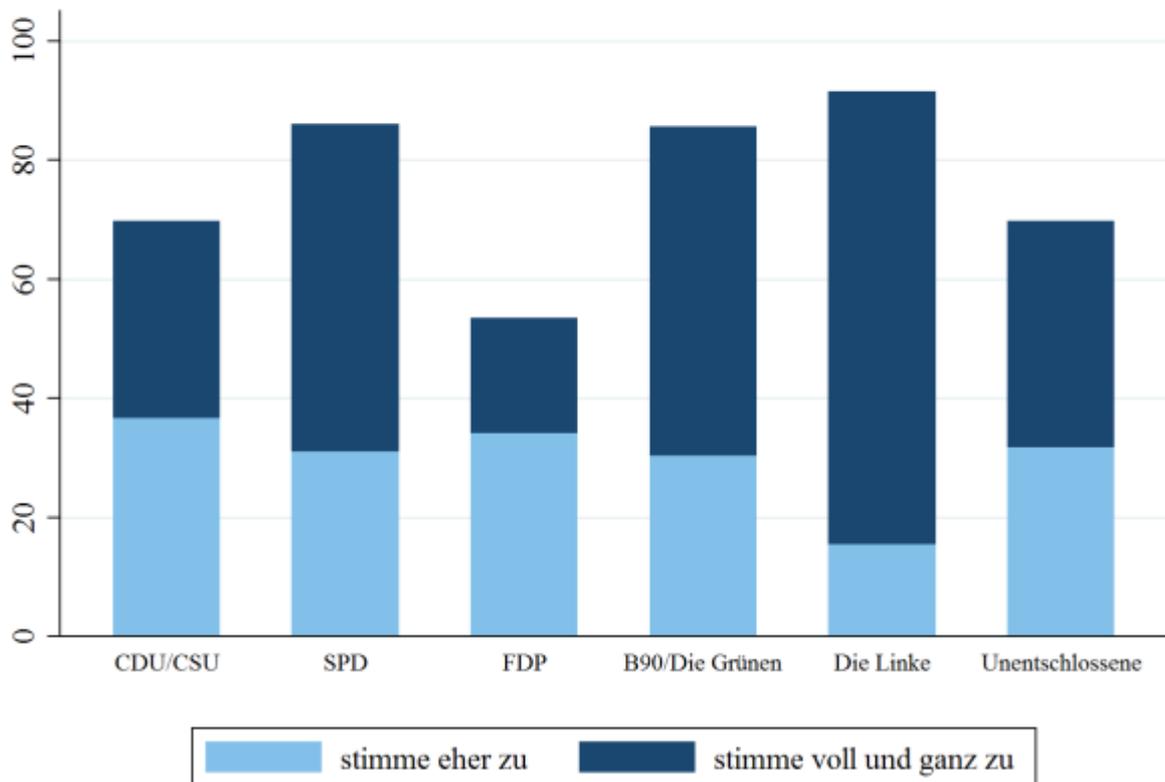
2. Mindestlohn

Eine ähnliche Debatte wird in Deutschland auch um die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen geführt. Befürworter des Mindestlohns weisen darauf hin, dass den Geringverdienern zu wenig Geld zum Leben übrig bliebe. Darüber hinaus hätten arbeitslose Bürger aufgrund der geringen Löhne keinen Anreiz, sich überhaupt eine Arbeit zu suchen. Die Gegner des Mindestlohns befürchten hingegen, dass zahlreiche Unternehmen durch einen Mindestlohn unrentabel werden und daher gezwungen sind, Arbeitskräfte zu entlassen.

Die Teilnehmer des Wahlkampfpanels sehen aber eher die Vorteile: Über alle Parteien hinweg spricht sich eine Mehrheit der Befragten für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Am geringsten ist die Zustimmung mit 53 Prozent bei den FDP-Wählern, am stärksten fällt sie mit 90 Prozent bei den Wählern der Linken aus.

'In Deutschland sollte ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien



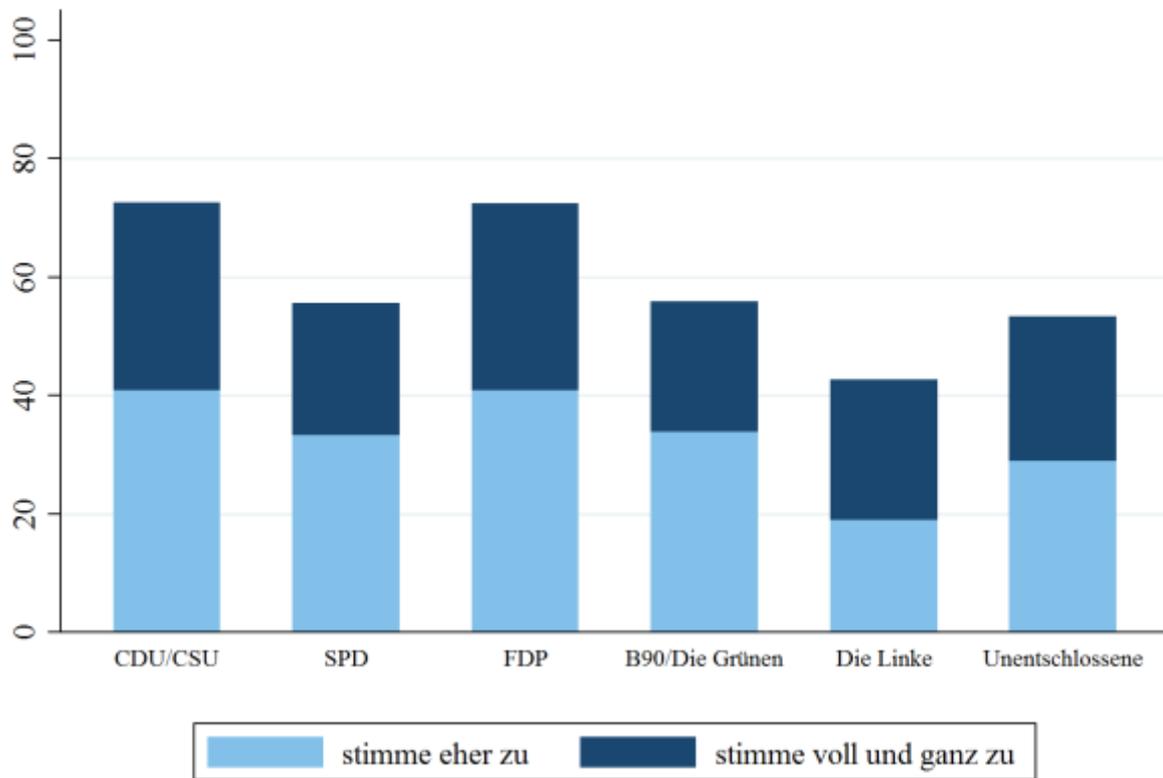
3. Sollten Arbeitslose gemeinnützige Arbeit verrichten?

Wenn man von Arbeitslosigkeit betroffen ist, erhält man als Ausgleich für den Lohnausfall Hilfe vom Staat. Da diese Unterstützung von der Allgemeinheit bezahlt wird, wird die Forderung erhoben, dass Arbeitslose als Ausgleich gemeinnützige Arbeit verrichten sollten. Dieser Vorschlag wird wiederum von anderen zurückgewiesen: Arbeitslos werde man ja nicht aus eigenem Willen, so dass es verfehlt wäre, den Verlust des Arbeitsplatzes auch noch zu bestrafen.

Grundsätzlich äußert sich jedoch eine Mehrheit der Befragten positiv zu dem Vorschlag. Mehr als 70 Prozent der CDU/CSU- und FDP-Wähler befürworten ihn „eher“ oder „voll und ganz“. Auch bei den Wählern der SPD, der Grünen und den unentschlossenen Wählern gibt es eine knappe Mehrheit. Die geringste Zustimmung kommt von den Wählern der Linken (41%).

'Arbeitslose sollten gemeinnützige Arbeit verrichten, um staatliche Unterstützung zu erhalten.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien

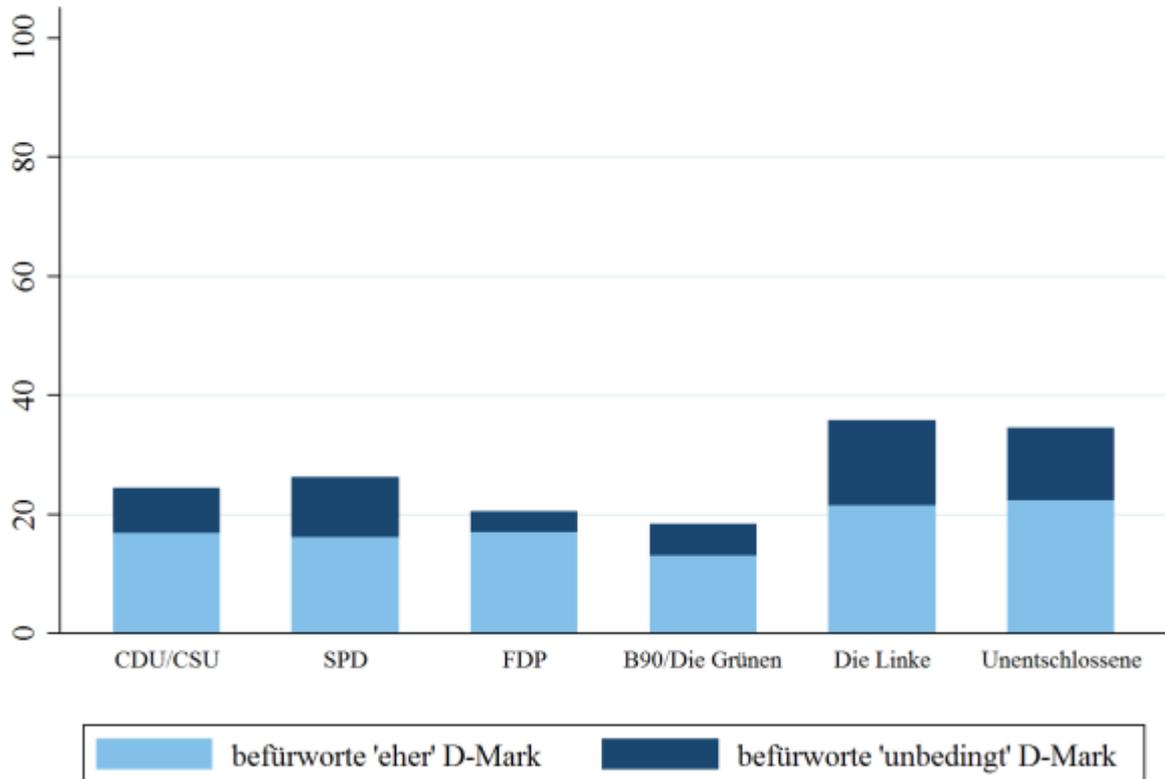


4. Rückkehr zur D-Mark?

Als die D-Mark im Jahr 2002 durch den Euro ersetzt wurde, nahmen zahlreiche Bundesbürger nur sehr ungern Abschied von ihrer alten Währung. Die D-Mark galt vielen als Symbol für preisliche Stabilität und Wohlstand. Es war unklar, ob der Euro eine ähnliche Erfolgsgeschichte werden würde. Elf Jahre später ist nun aber festzustellen, dass nur noch eine Minderheit der alten Währung hinterher trauert. Nur etwa 20 Prozent der Wähler von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen befürworten eine Rückkehr zur D-Mark. Etwas größer ist die Sehnsucht nach der D-Mark bei den Wählern der Linken (35 Prozent) und bei den unentschlossenen Wählern (34 Prozent). Diese Ergebnisse sind bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass seit mehreren Jahren von einer „Euro-Krise“ die Rede ist. Offenbar schätzen die Teilnehmer der Wahlkampfstudie die Errungenschaft, auch im europäischen Ausland mit der eigenen Währung bezahlen zu können.

Rückkehr zur D-Mark?

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien



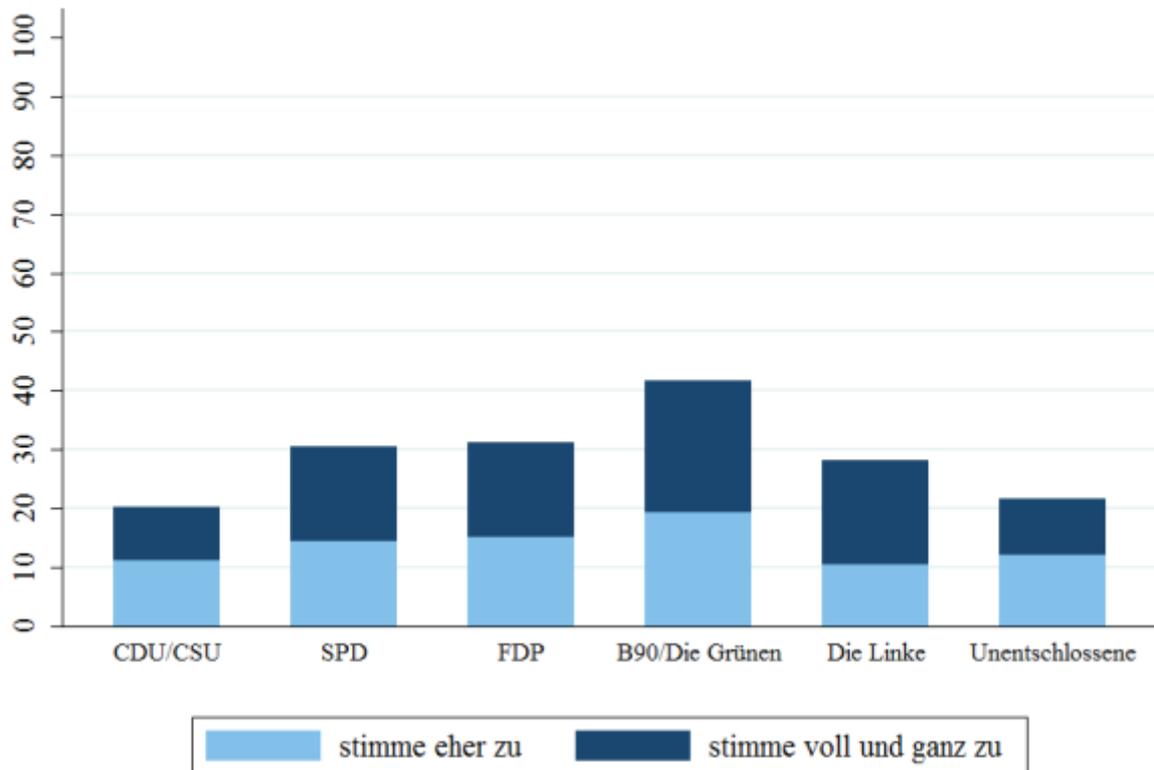
Ausgewählte Ergebnisse der vierten Befragung der Wahlkampfstudie 2013 (15.-25. August 2013)

1. Einführung eines "Veggie-Day"

Die Grünen fordern in ihrem Wahlprogramm, dass öffentliche Kantinen einmal pro Woche nur vegetarisches Essen anbieten sollten – nicht gesetzlich verpflichtend, sondern auf rein freiwilliger Basis. Die Zustimmung zu diesem Vorschlag stößt bei den Teilnehmern der Wahlkampfstudie auf wenig Gegenliebe. Selbst bei den Wählern der Grünen findet sich keine Mehrheit für die Einführung eines „Veggie-Day“ (40% Zustimmung). Am geringsten fällt die Zustimmung bei den Wählern von CDU und CSU aus, von denen nur 20 Prozent den Vorschlag unterstützen.

'In öffentlichen Kantinen sollte es einmal pro Woche nur vegetarisches Essen geben.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien

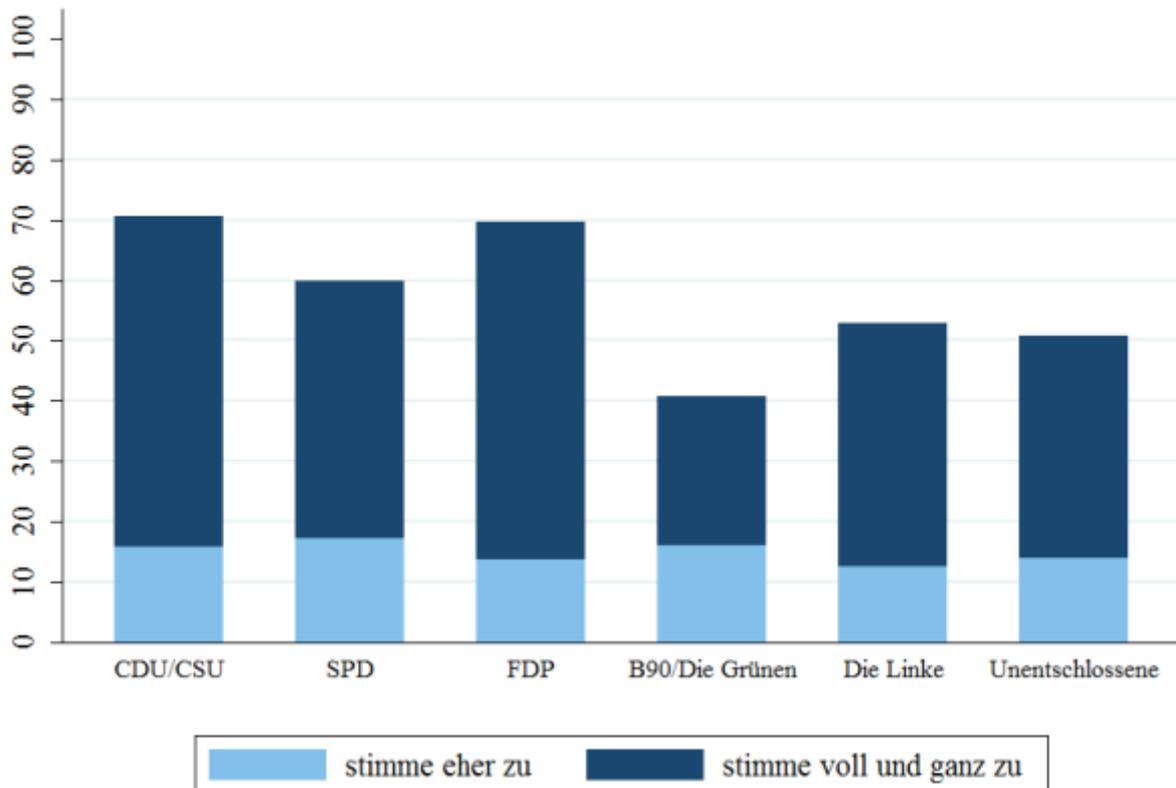


2. PKW-Maut für ausländische Autofahrer

Horst Seehofer hat vor kurzem vorgeschlagen, eine PKW-Maut für ausländische Autofahrer einzuführen, um notwendige Investitionen in das Straßensystem voranzubringen. Obwohl dieser Vorschlag in den Medien und den Politikern vieler anderer Parteien überwiegend skeptisch aufgenommen wurde, sind die meisten Teilnehmer der Wahlkampfstudie für diesen Vorschlag. Am stärksten befürworten ihn die Wähler von CDU/CSU und FDP mit jeweils 70 Prozent. Geringer fällt die Zustimmung bei den linken Parteien aus: 60 Prozent der SPD-Wähler, 50 Prozent der Linken-Wähler und nur 40 Prozent der Grünen-Wähler sprechen sich für die Autobahn-Maut für ausländische PKWs aus.

'Es sollte eine PKW-Maut für ausländische Autofahrer geben.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien

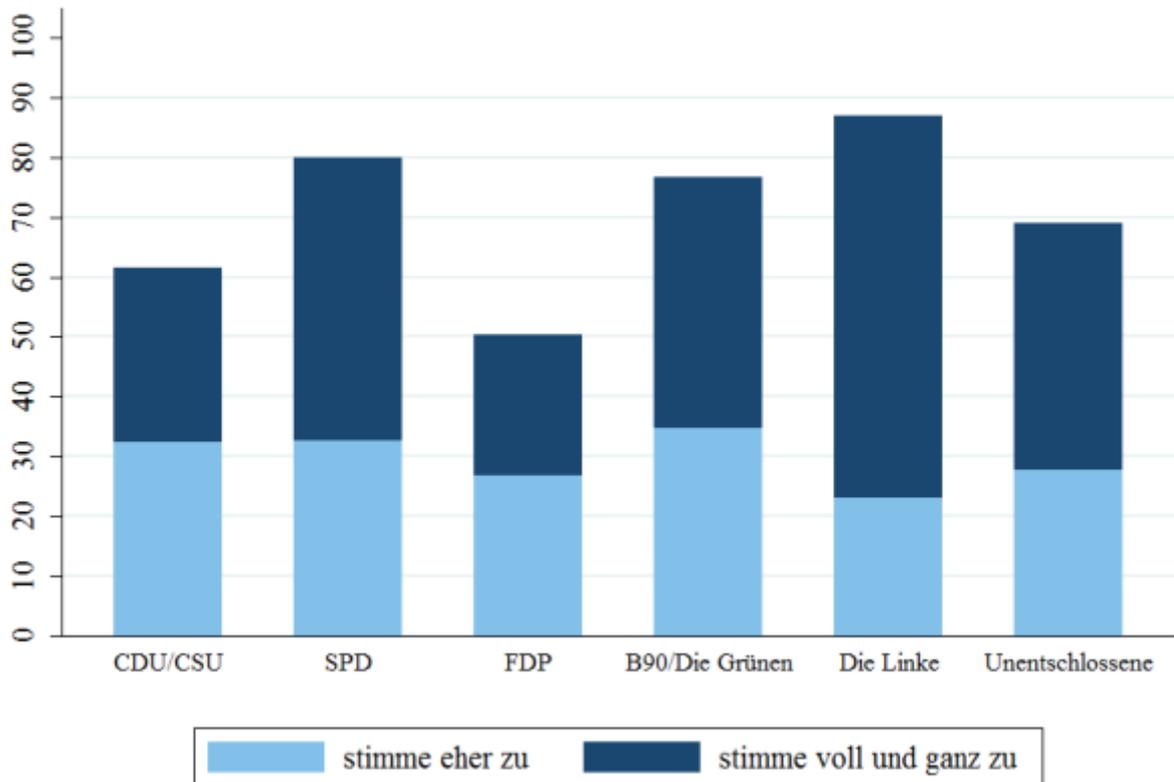


3. Einführung einer "Mietpreisbremse"

Die Mieten und Hauspreise steigen derzeit rasant – vor allem in Großstädten und Vororten. Um den Wohnraum weiterhin bezahlbar zu gestalten, fordern zahlreiche Politiker eine gesetzliche Beschränkung von Mietpreiserhöhungen. Auch dieser Vorschlag findet viele Fürsprecher bei den Teilnehmern des Wahlkampfpanels – vor allem bei den Wählern der linken Parteien (SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke). Am wenigsten Zustimmung findet die Mietpreisbremse bei Wählern der FDP, doch selbst hier äußern 50 Prozent der Wähler Zustimmung.

'Es sollte eine gesetzliche Mietpreisbremse eingeführt werden.'

Zustimmung in % durch Wähler der einzelnen Parteien

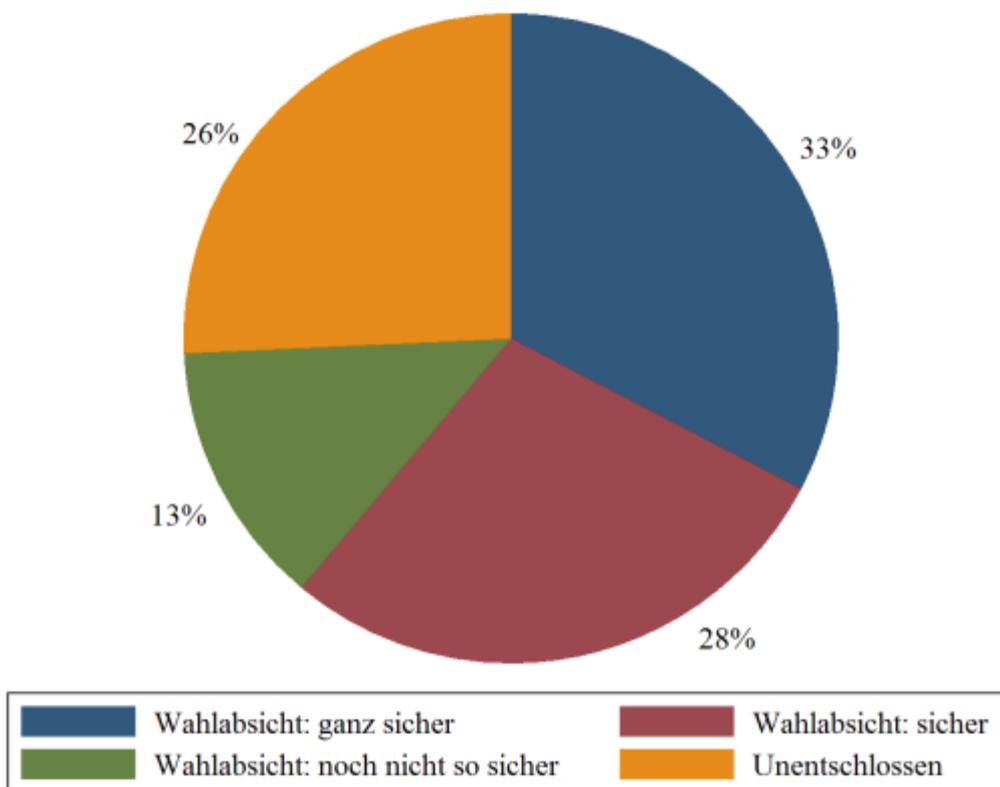


Ausgewählte Ergebnisse der fünften Befragung der Wahlkampfstudie 2013 (2.-12. September 2013)

1. Wie viele Wähler sind noch unentschlossen?

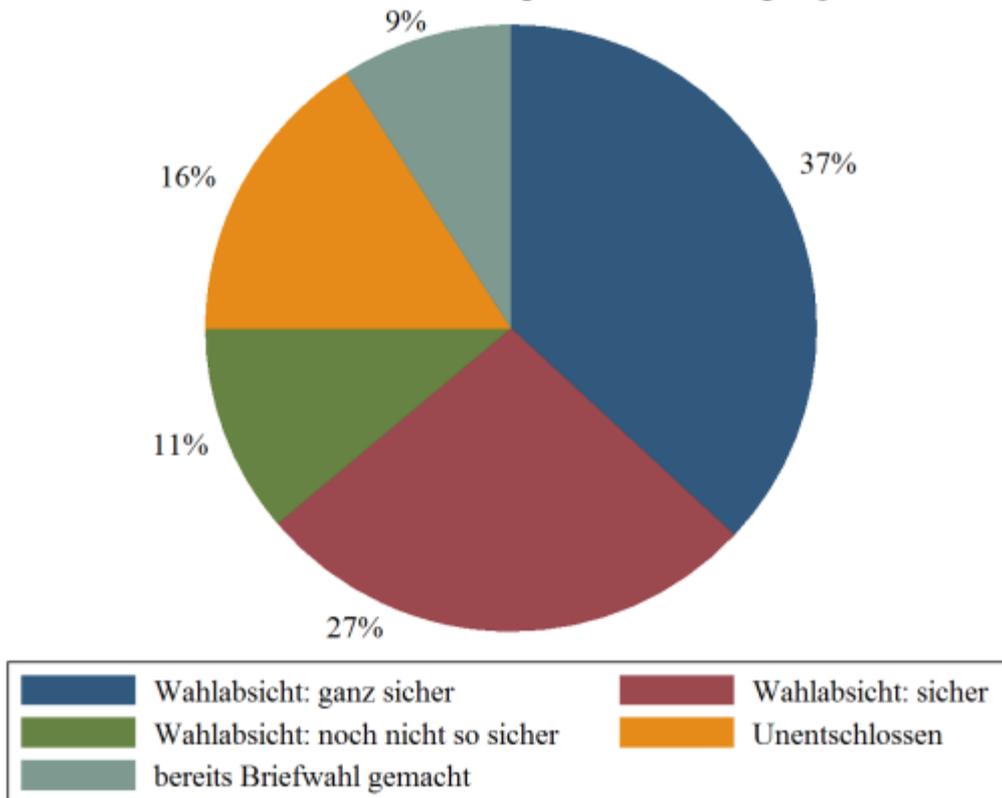
Als wir Ende Juni unsere erste Befragung durchgeführt hatten, waren sich viele von Ihnen noch nicht sicher, wie sie bei der Bundestagswahl wählen würden. 26 Prozent der Befragten waren noch komplett unentschlossen und konnte bei der Wahlabsichtsfrage keine Partei nennen. 13 Prozent der Befragten äußerten zwar eine Wahlabsicht, räumten aber auf Nachfrage ein, dass diese noch nicht sicher sei. Bemerkenswert ist jedoch, dass bereits zu diesem frühen Zeitpunkt im Wahlkampf ein Großteil der Befragten eine "sichere" (28%) oder "ganz sichere" (33%) Wahlabsicht aufwies.

Sicherheit der Wahlentscheidungen, Stand: Ende Juni



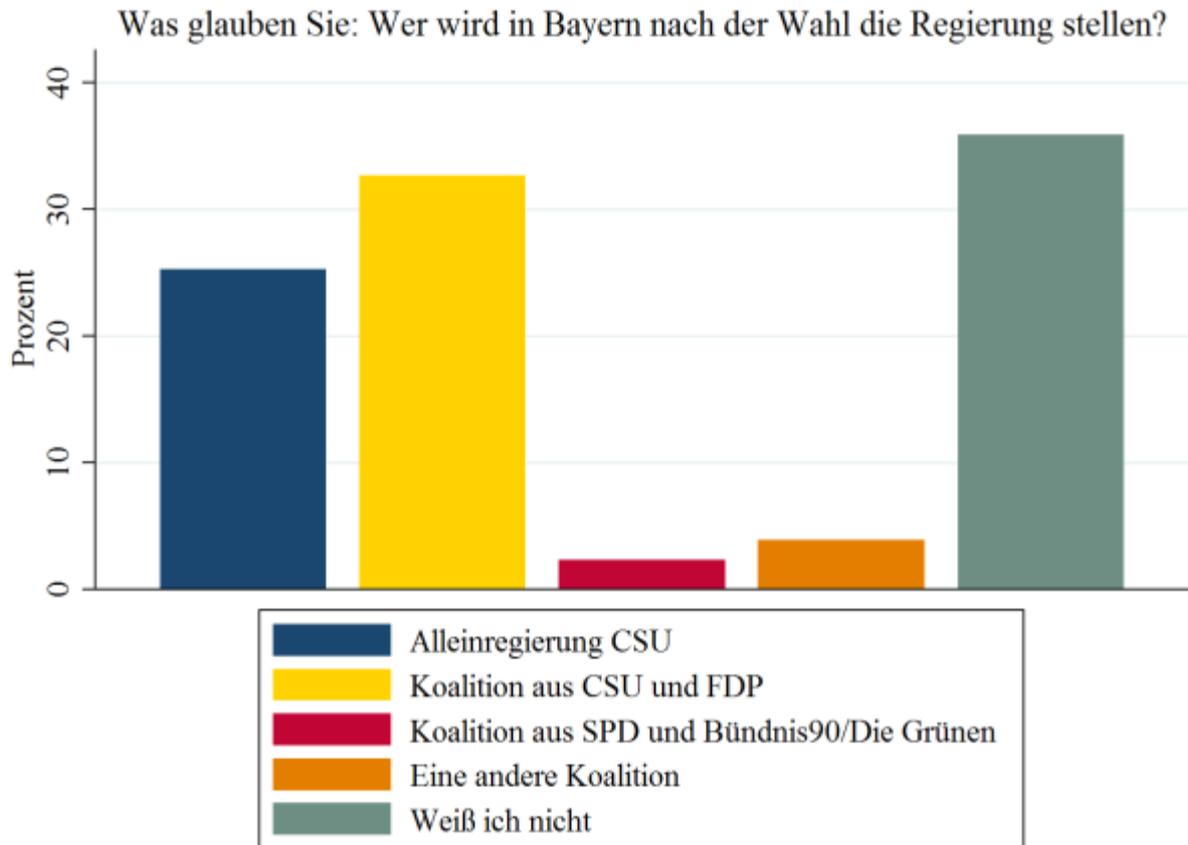
Im weiteren Verlauf des Wahlkampfes ist die Unsicherheit in den Wahlabsichten der Befragten weiter gesunken. Dies lässt sich schon allein daran festmachen, dass 9 Prozent der Befragten bereits Briefwahl gemacht haben und auf diese Weise bereits festgelegt sind. Der Anteil der Befragten, der sich der Wahlabsicht bereits "ganz sicher" ist, vergrößerte sich um 4 Prozentpunkte auf nun 37 Prozent. Der Anteil der "sicheren" Befragten blieb mit 27 Prozent relativ stabil, ebenso der Anteil jener, die sich noch nicht ganz sicher sind (11%). Der Anteil der unentschlossenen Wähler ist im selben Zeitraum um 10 Prozentpunkte gesunken und liegt nun bei 16 Prozent.

Sicherheit der Wahlentscheidungen, Stand: Anfang September



2. Ausgang der Bayern-Wahl: Haben Sie richtig getippt?

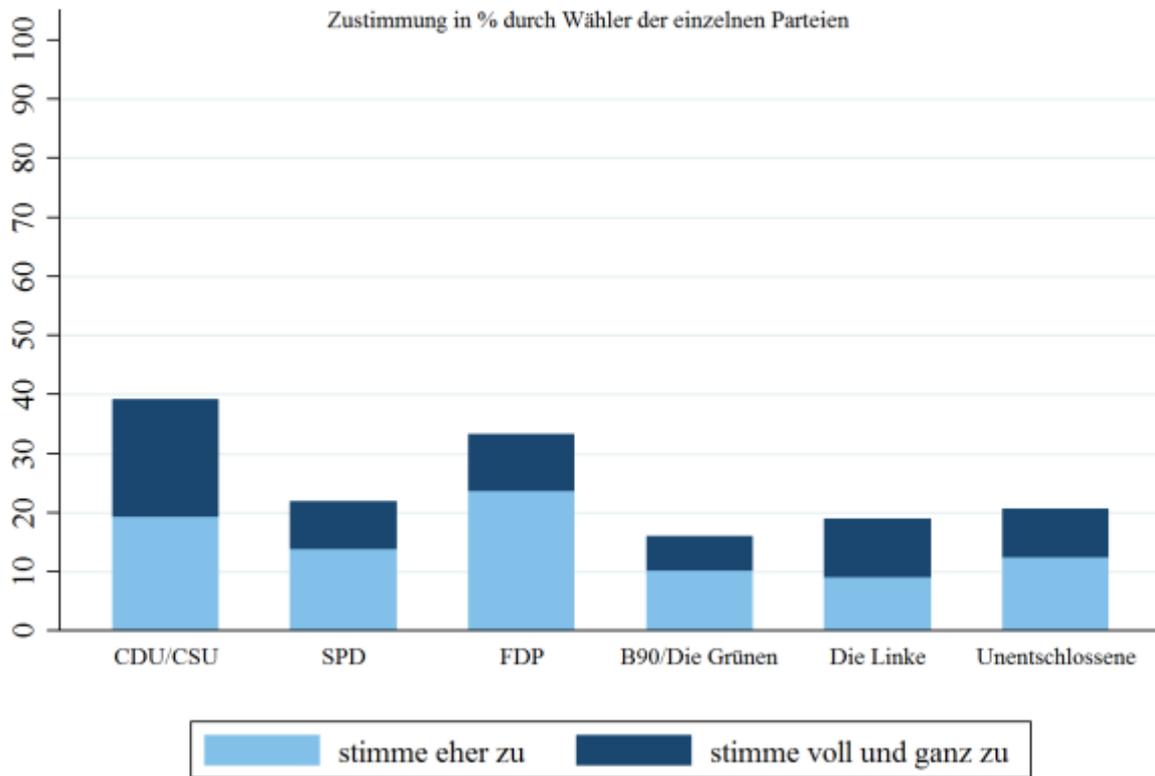
Anlässlich der bayerischen Landtagswahl am 15. September hatten wir Sie gebeten, uns Ihre Erwartung bezüglich des Ausgangs dieser Wahl mitzuteilen. Wie sich nun im Nachhinein herausstellte, haben nur 25 Prozent der Befragten den Ausgang der Wahl richtig getippt: Die CSU hat in Bayern tatsächlich die absolute Mehrheit erreicht. 32 Prozent der Befragten glaubte irrtümlich, dass es die CSU nur mit Hilfe der FDP in die Regierung schaffen würde. Andere Koalitionen wurden als relativ unwahrscheinlich angesehen. Ein großer Teil der Befragten (36%) äußerte keine Erwartung an den Ausgang der Bayern-Wahl.



3. Meinungen zur Überwachung von Internet- und Telefonverbindungen

Immer wieder kommen im Verlauf des Wahlkampfes neue Details zur Überwachung von Internet- und Telefonverbindungen durch amerikanische und britische Geheimdienste an die Öffentlichkeit. Die Reaktionen auf die Enthüllungen fallen sehr unterschiedlich aus: Während ein Teil der Bevölkerung mit großer Besorgnis oder Empörung reagiert, bleiben andere wiederum gelassen und verweisen darauf, dass rechtschaffene Bürger von der Überwachung nichts zu befürchten hätten. Diese Position wird jedoch nur von einer Minderheit vertreten, wie die Umfragedaten zeigen. Am häufigsten (40%) stimmen ihr die Wähler von CDU/CSU zu. Bemerkenswerterweise äußern auch 32 Prozent der FDP-Wähler Zustimmung, obwohl die FDP eigentlich großen Wert auf den Schutz von Bürgerrechten legt. Bei den linken Parteien (SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke) und bei den unentschlossenen Wählern ist die Zustimmung am geringsten: Nur 15-20 Prozent stimmten der Aussage zu.

'Wer nichts zu verbergen hat,
dem kann die Überwachung von Internet- und Telefonverbindungen egal sein.'

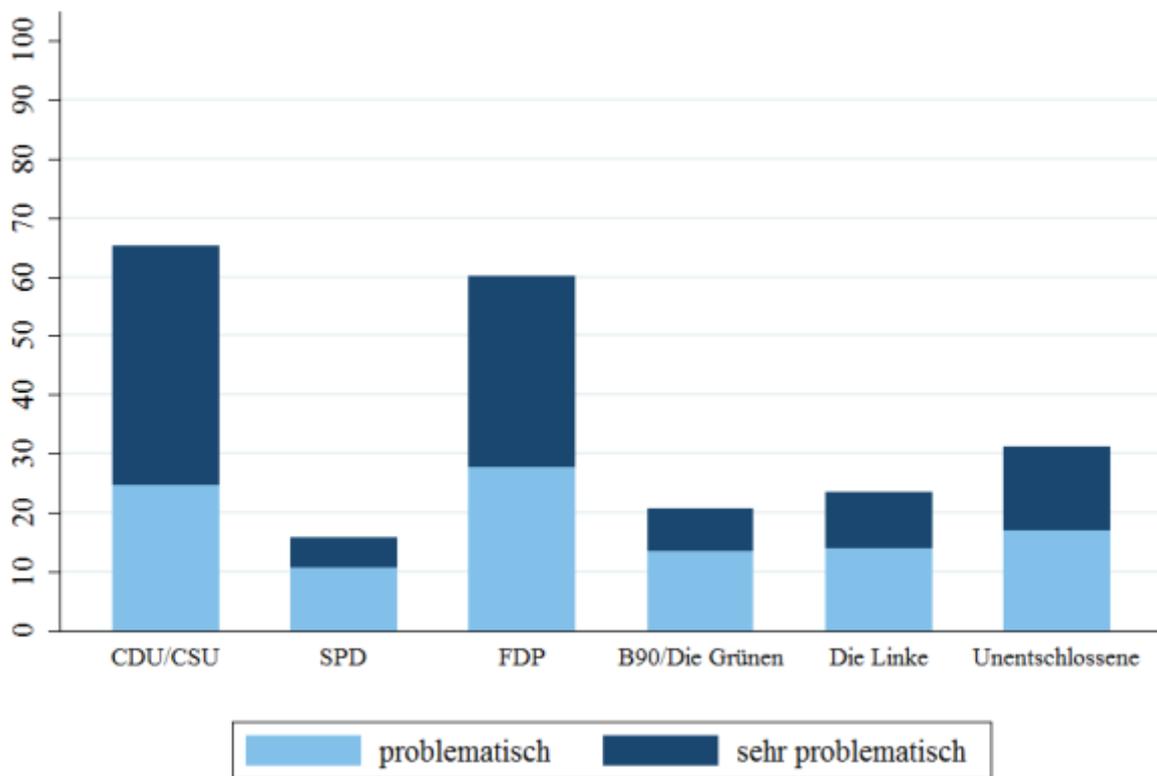


Ausgewählte Ergebnisse der sechsten Befragung der Wahlkampfstudie 2013 (16.-21. September 2013)

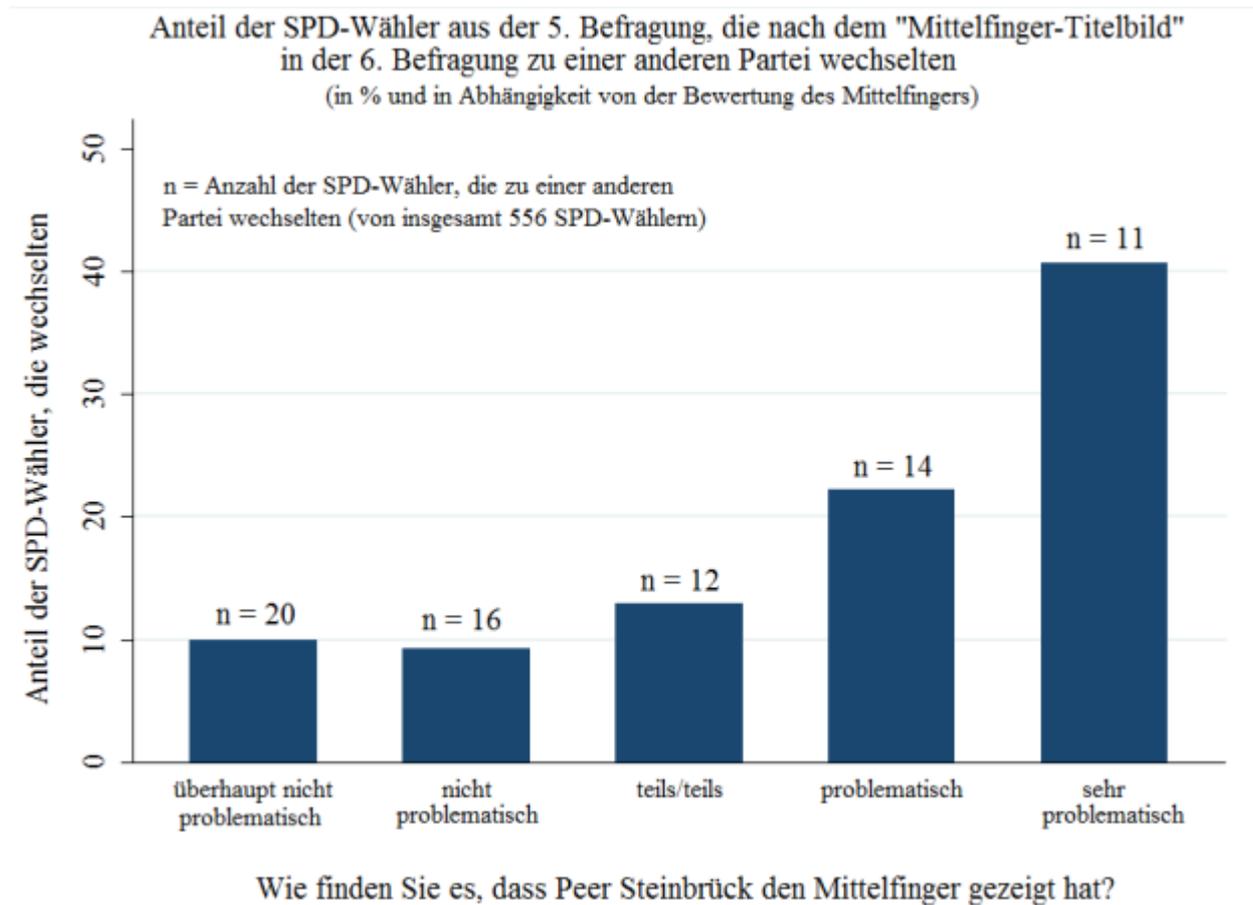
Hat Peer Steinbrücks umstrittene Mittelfinger-Geste der SPD Stimmen gekostet?

Eine Woche vor der Bundestagswahl hat Peer Steinbrück mit seiner Mittelfinger-Geste für Aufsehen gesorgt. In einem Foto-Interview mit dem SZ-Magazin reagierte er auf die Frage nach seinen Spitznamen wie „Pannen-Peer“ oder „Peerlusconi“, in dem er den Fragestellern den Mittelfinger entgegenstreckte. Von CDU- und FDP-Politikern scharf für dieses Verhalten kritisiert, erklärt Steinbrück er wolle keinen „stocksteifen Wahlkampf“. Die Meinung der Teilnehmer des Wahlkampfpanels ist gespalten: Knapp zwei Drittel der Unions-Wähler finden die Geste „problematisch“, rund 40 Prozent sogar „sehr problematisch“ (vgl. Abbildung unten). Auf ähnlich große Abneigung stößt der Mittelfinger bei den FDP-Verbundenen. Die SPD-Anhänger scheinen da weniger kritisch zu sein: Nur rund 15 Prozent bewerten Steinbrücks Verhalten als „problematisch“, nur vier Prozent beschreiben die Geste als „sehr problematisch“.

'Wie finden Sie es, dass Peer Steinbrück in einem Interview den Mittelfinger gezeigt hat?'
Anteil der Wähler der einzelnen Parteien in %, die die Geste problematisch finden

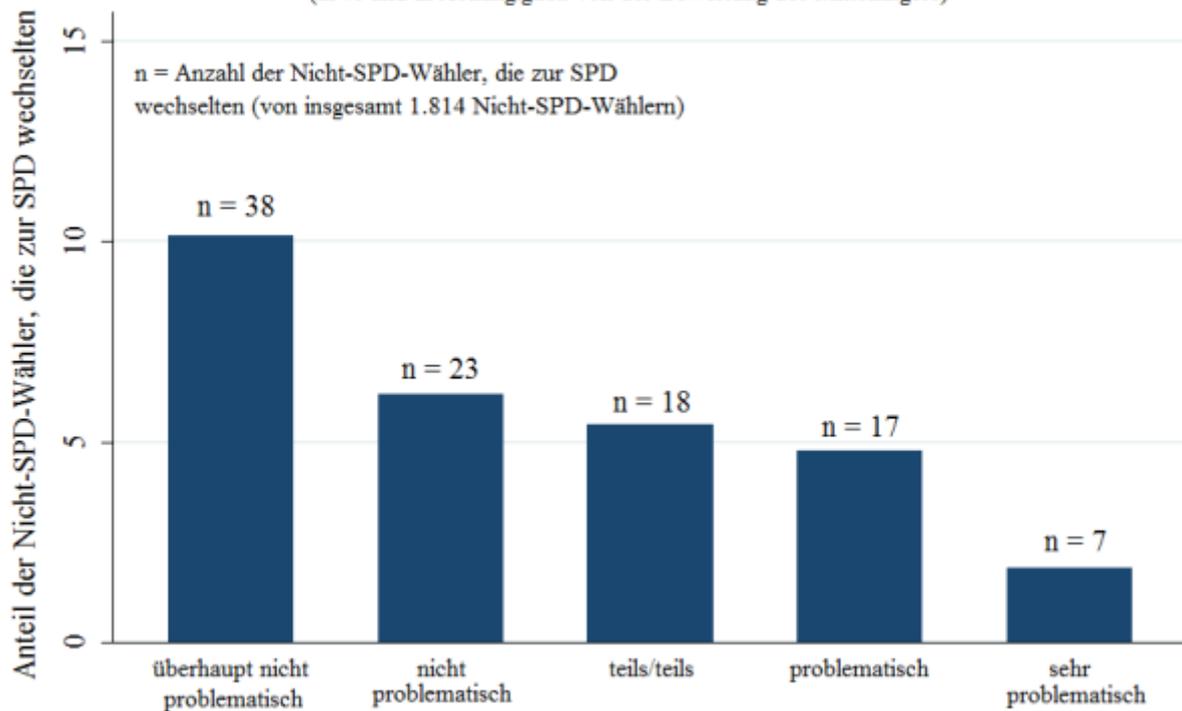


Man kann darüber diskutieren, ob das Mittelfinger-Titelbild der Etikette eines Kanzlerkandidaten entspricht. Spannend ist aber vor allem die Frage, ob die Geste Auswirkungen auf die Wahlabsichten der Bürger hat. Die Befragten des Wahlkampfpanels, die zuvor angegeben hatten SPD wählen zu wollen, änderten in Abhängigkeit von ihrer Bewertung der Geste teilweise tatsächlich ihre Wahlabsicht: Mehr als 40 Prozent derjenigen SPD-Anhänger, die das Mittelfinger-Bild als sehr problematisch bewerteten, gaben an nun nicht mehr SPD wählen zu wollen (vgl. untenstehende Abbildung). Im Kontrast: Nur jeder Zehnte, der SPD-Anhänger, der das Bild überhaupt nicht problematisch fand, änderte seine Wahlabsicht. Wie man Steinbrücks Verhalten bewertete, scheint also einen Einfluss auf die Wahlabsicht zu haben.



Auch diejenigen, die sich eine Woche vor der Wahl für die SPD entschieden haben, scheinen ihre Entscheidung unter anderem von dem SZ-Titelbild abhängig gemacht zu haben. Nur zwei Prozent derjenigen, die Steinbrücks Mittelfinger „sehr problematisch“ finden, wechselten trotzdem zur Gruppe der SPD-Wähler, wohingegen jeder Zehnte, der das Verhalten des SPD-Kandidaten „überhaupt nicht problematisch“ fand, nun seine Wahlabsicht zugunsten der SPD geändert hat (vgl. Abbildung unten). Betrachtet man die absoluten Fallzahlen fällt auf, dass – unter den Befragten des Wahlkampfpanels– insgesamt mehr Nicht-SPD-Wähler nach Steinbrücks Aktion nun doch SPD wählen wollen, als der Kandidat durch sein Verhalten Stimmen verloren hat.

Anteil der Nicht-SPD-Wähler aus der 5. Befragung, die nach dem "Mittelfinger-Titelbild" in der 6. Befragung zur SPD wechselten
(in % und in Abhängigkeit von der Bewertung des Mittelfingers)

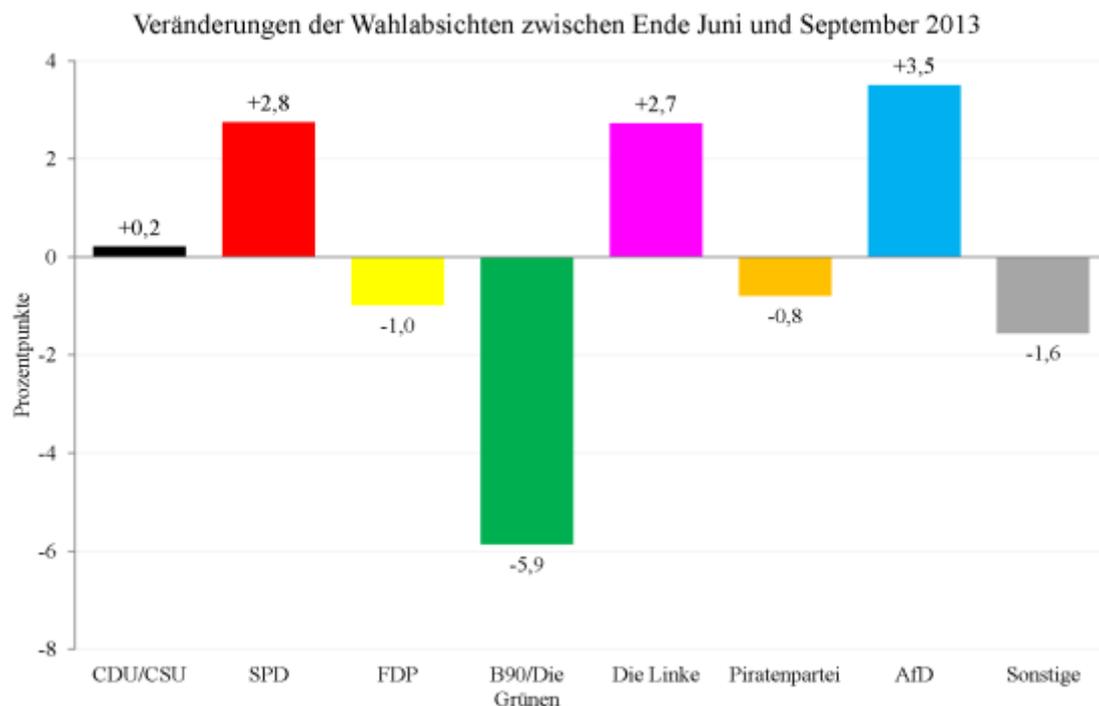


Wie finden Sie es, dass Peer Steinbrück den Mittelfinger gezeigt hat?

Ausgewählte Ergebnisse der siebten Befragung der Wahlkampfstudie 2013 (24. September bis 4. Oktober 2013)

1. Veränderung der Wahlabsichten im Verlauf des Wahlkampfes 2013

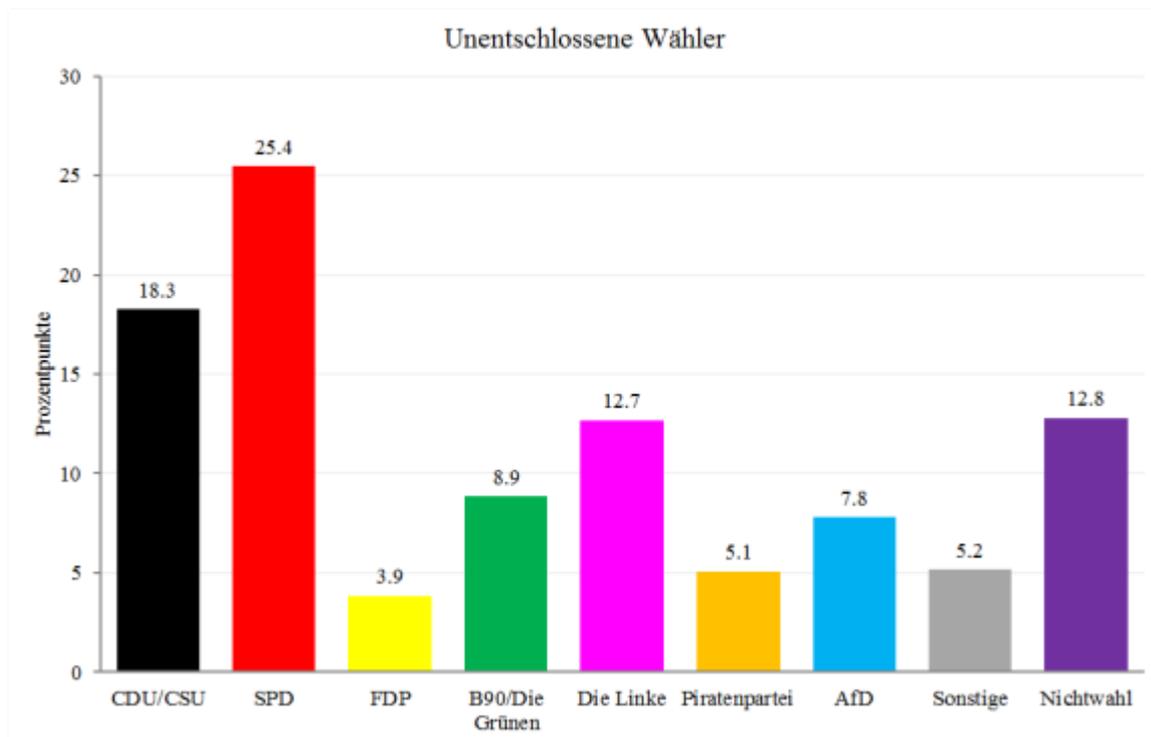
Die letzten Wochen vor der Bundestagswahl 2013 wurden von den Parteien intensiv genutzt, um für ihre Inhalte und Kandidaten zu werben. Mit dem Kandidatenduell, Wahlplakaten und Wahlwerbungen sollten Unentschlossene überzeugt werden und Parteianhänger zum Urnengang motiviert werden. Dabei könnten die Wahlkampagnen je nach Partei unterschiedlich erfolgreich gewesen sein.



Die Veränderungen der Stimmen zwischen Juni und September 2013 deuten auf einen sehr intensiven Wahlkampf vor der Bundestagswahl hin. Von den etablierten Parteien konnten die SPD und Die Linke zwischen Juni und September einen leichten Stimmenzuwachs verzeichnen (2,8 bzw. 2,7 Prozentpunkte), während der Stimmenanteil für die Union praktisch unverändert blieb. Als deutlicher Verlierer zeichnen sich die B90/Die Grünen ab, die einen Stimmenverlust von fast 6 Prozentpunkten aufweisen. Auch die FDP verlor bei unseren Befragten während der Wahlkampfphase leicht an Zustimmung. Am stärksten hinzugewonnen hat die Alternative für Deutschland (AfD) mit 3,5 Prozentpunkten. Dieser starke Anstieg ist hauptsächlich dem Umstand geschuldet, dass sich die Partei erst im Februar 2013 gegründet hatte und im Juni somit noch vielen Wählern unbekannt war.

2. Wahlentscheidung der im Juni 2013 noch unentschlossenen Befragten

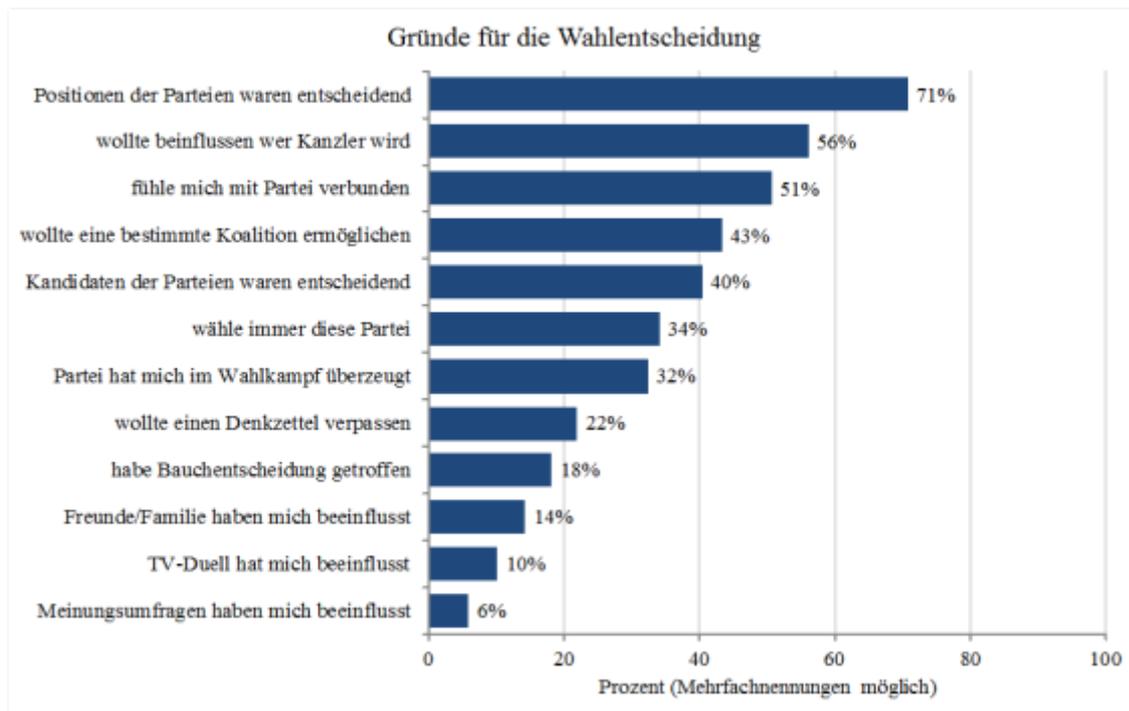
Ende Juni waren noch 39 Prozent der Befragten unentschlossen oder in ihrer Wahlabsicht unsicher ([Grafik: Sicherheit der Wahlentscheidung, Stand Ende Juni 2013](#)). Daher stellt sich die Frage, welche Parteien diese Wähler am erfolgreichsten während des Wahlkampfes von sich überzeugen konnten.



Die Mehrheit der im Juni noch unentschlossenen Befragten entschied sich in der Bundestagswahl 2013 für die SPD (25,4 Prozent) und die Union (18,3 Prozent). Die dritthäufigste Entscheidung unter den damals noch Ungeschlossenen fiel jedoch nicht zugunsten einer Partei aus, sondern für die Nichtwahl. Von den kleineren Parteien erhielt Die Linke mit 12,7 Prozent die meisten Stimmen. Einige der unentschlossenen Befragten fanden keine der etablierten Parteien überzeugend und haben für die erstmals angetretene Alternative für Deutschland (7,8 Prozent) oder die Piratenpartei (5,1 Prozent) gestimmt.

3. Gründe für die Wahlentscheidung

Die Befragten entschieden sich aus sehr unterschiedlichen Gründen für oder gegen eine bestimmte Partei. 71 Prozent der Befragten stimmten zu, dass für ihre Wahlentscheidung die Positionen der Parteien entscheidend waren. Der Wahlkampf führte bei knapp einem Drittel der Befragten dazu, dass sie sich auf eine Partei festlegen konnten. Auch die zur Wahl angetretenen Kandidaten waren für 40 Prozent der Befragten ausschlaggebend.



Für viele der Befragten stand jedoch schon von Beginn an fest, welcher Partei sie ihre Stimme geben würden. So gaben 51 Prozent davon an, dass sie sich für die Partei entschieden haben, mit der sie sich verbunden fühlen. Und weitere 31 Prozent der Befragten wählten aus Gewohnheit jene Partei, für die sie schon vorher immer gestimmt haben. Zudem wählten einige Befragten strategisch, um eine bestimmte Koalition zu ermöglichen (43 Prozent) oder die Kanzlerwahl zu beeinflussen (56 Prozent). Ohne größeren Einfluss war dagegen das TV-Duell der Spitzenkandidaten (10 Prozent) und Meinungsumfragen (6 Prozent).